

# PROGRESSIVE REGIERUNGEN IN LATEINAMERIKA, GESCHLECHTERPOLITIK UND FEMINISMEN: WIDERSPRÜCHE, MÖGLICHKEITEN UND KONTINUITÄTEN

Ailynn Torres Santana



**Herausgegeben von:**

**Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL**

Gneisenaustraße 2a, D -10961 Berlin, Germany

Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: [info@fdcl.org](mailto:info@fdcl.org)

Internet: [www.fdcl.org](http://www.fdcl.org)



**Autorin:** Ailynn Torres Santana

In Zusammenarbeit mit Alina Herrera bei der Zusammenstellung der Informationen zu Mexiko, mit Olga Bracco für Argentinien und Lisbeth Moya für Kolumbien.

**Übersetzung:** Marie Holthaus

**Redaktion:** Tininiska Zanger Montoya und Steffi Wassermann (FDCL)

**Titelbild/Fotos:** Demonstration der Kampagne für legale, sichere und kostenlose Abtreibung

**Foto:** © Kaloian Santos Cabrera

**Layout:** Ingrid Navarrete | [www.ingrid-navarrete.de](http://www.ingrid-navarrete.de)

**Druck:** Hinkelsteindruck, 10997 Berlin

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und mit freundlicher Unterstützung der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) Berlin. Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in der Verantwortung der Autor\*innen und gibt nicht notwendig die Position der Herausgeber\*innen wieder; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und des BMZ noch der LEZ Berlin wieder.



Diese Broschüre ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).



© FDCL-Verlag Berlin, 2024 | ISBN: 978-3-949237-10-2

# INHALT

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Einleitung: „rosarote Welle“ und „neue“ progressive Regierungen</b>  | <b>4</b>  |
| <b>1. Mexiko: Morena an der Macht (2018-2024)</b>   | <b>5</b>  |
| 1.1 AMLO im Wahlkampf   | 6         |
| 1.2 Entkriminalisierung von Abtreibung  | 7         |
| 1.3 Gewalt und Feminizide: Zahlen, Politiken und Polemiken  | 8         |
| 1.4 Geschlechterparität: Fortschritte und Widerstände   | 10        |
| 1.5 Nationales Sorge- und Pflegesystem: Politisierung und Grenzen   | 10        |
| 1.6 Nachbemerkungen   | 11        |
| <b>2. Argentinien: von Alberto Fernández bis Javier Milei</b>   | <b>12</b> |
| 2.1 Alberto Fernández im Wahlkampf  | 12        |
| 2.2 Gesetz Nr. 27.610: ein Meilenstein für Argentinien und Lateinamerika  | 13        |
| 2.3 Geschlechtsspezifische Gewalt   | 14        |
| 2.4 Gleichstellung bei der Care-Arbeit: „der Dornröschenschlaf“   | 15        |
| 2.5 Nachbemerkungen   | 17        |
| <b>3. Kolumbien: vivir sabroso</b>  | <b>18</b> |
| 3.1 Petro und Márquez im Wahlkampf  | 18        |
| 3.2 Ministerium für Gleichberechtigung und Gleichstellung:<br>„Regiert wird in den Regionen und mit den Menschen“ | 19        |
| 3.3 Nationales Sorge- und Pflegesystem  | 20        |
| 3.4 Frauen, Frieden, Sicherheit und Gewalt  | 22        |
| 3.5 Nachbemerkungen   | 22        |
| <b>4. Schlussbemerkungen</b>  | <b>23</b> |



# „ROSAROTE WELLE“ UND „NEUE“ PROGRESSIVE REGIERUNGEN

Von Anfang 2000 bis ungefähr 2015 änderte sich die politische Linie in Lateinamerika: vom neoliberalen Programm, mit seinem Washington-Konsens, zur „rosaroten Welle“, mit ihrem „Konsens der *commodities*“. Mit dem Namen „rosarote Welle“ bezeichnete man die Zeit, in der Regierungen des linken Spektrums in Lateinamerika dominierten. Diese Periode war Ergebnis der Mobilisierung durch die Bevölkerung und des akkumulierten Versagens des Neoliberalismus, individuellen und kollektiven Wohlstand sicherzustellen.

Die Regierungen der „rosaroten Welle“, obgleich untereinander verschieden, verteidigten die Relevanz des Staates als Regulator der Wirtschaft und der sozialen Ordnung, als Umverteiler des Wohlstands, als Verteidiger der politischen Institutionen und der politischen und wirtschaftlichen Demokratisierung. Indigene und Afro-kolumbianische Bevölkerungsgruppen traten als Repräsentant\*innen ihrer Gemeinschaften deutlicher und durchschlagender in die institutionelle Politik ein, und sprachen für sich selbst. Auch die Zahl der Frauen in den Parlamenten und der institutionellen Politik stieg schneller als dies zuvor der Fall gewesen war. In mehreren Ländern führten Verfassungsänderungen zu Magna Chartas mit einem erweiterten Katalog von Rechten und Garantien.

Nichtsdestotrotz veränderten die lateinamerikanischen progressiven Bewegungen die Produktionsmatrix nicht wesentlich. Im Gegenteil, ihre Sozialprogramme stützten sich unter anderem auf unternehmerische Tätigkeit im großen Stil, große transnationale Konzerne als Hauptakteure, produktive Spezialisierung (*commodities*) und die Abhängigkeit vom internationalen Markt. Es gab nationale Unterschiede und spezifische, damit zusammenhängende Bemühungen, zum Beispiel durch Stimulation der sozialen und solidarischen Wirtschaft, aber die zuvor genannte Tendenz war vorherrschend.

Der Anstieg der öffentlichen Ausgaben dieser Periode kam direkt und indirekt den Frauen zugute. Der Anteil von Frauen ohne eigenes Einkommen sank und ihre Teilnahme am Arbeitsmarkt stieg quantitativ und qualitativ. Dennoch wurde die Armut feminisiert. Das bedeutet, dass verarmte Frauen weniger von der sinkenden Armut profitierten als Männer unter den gleichen Bedingungen.

Gruppen von Feminist\*innen, Frauen und aus dem Feld der diversen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten sahen in diesen politischen Prozessen einen Möglichkeitsraum, um bei sexueller und Geschlechtergerechtigkeit voranzukommen. Dennoch beurteilen sie ihre Teilnahme an diesen Prozessen, je nach Fall, teils als dürftig oder konfliktiv. Ebenso waren Politiken, welche die traditionellen Familien- und Sexualnormen

infrage stellen – wie Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe, Anerkennung der Geschlechtsidentität und, in einigen Fällen, geschlechtsspezifische Gewalt – ein hochkonfliktives Terrain. Politiken wurden auch durch den Konservatismus der Politiker\*innen behindert und/oder direkt durch Allianzen zwischen Politiker\*innen und dem sich bereits ausbreitenden religiösen Neokonservatismus.

Während dieses politischen Zyklus' war das Verhältnis der Linken in den Regierungen zur Gender- und Sexualpolitik schwankend, manchmal konfliktiv und in manchen Fragen restriktiv. In einigen Fällen griffen sie Belange feministischer Agenten auf, in anderen fochten sie diese an.

In einigen Analysen wurde argumentiert, die Regierungen der „rosaroten Welle“ hätten Möglichkeiten zum Fortschritt im Bereich der Gleichberechtigung der Geschlechter geboten, doch die tatsächlichen Politiken seien inkonsistent gewesen. Aus dieser Perspektive war das Engagement der Linken für den Feminismus begrenzt. Oft wurde eher ein reaktives denn proaktives Muster sichtbar: anstatt klare Initiativen zur Gleichberechtigung der Geschlechter zu priorisieren und formulieren, antworteten sie wenig systematisch auf externe Forderungen oder sozialen Druck von feministischen Bewegungen oder internationalen Akteuren. Aus diesem Grund hingen die Errungenschaften im Bereich Geschlecht in hohem Maße von der Stärke und Organisation der feministischen Bewegungen jedes Landes ab, vom Verhältnis dieser Bewegungen mit den linken Parteien und der ideologischen Öffnung und Praxis der progressiven Regierenden in Bezug auf Genderpolitiken.<sup>1</sup>

Seit etwa 2015 (in einigen Ländern vorher) wies die politische Landkarte der progressiven Bewegungen Risse und Brüche auf, die auf vielfältigen Ursachen beruhten.<sup>2</sup> Darauf folgte ein Rechtsruck, verkörpert durch Regierungen, die Anti-Rechte-Programme allumfassend anwandten, in ähnlichem Stil wie es in anderen Regionen der Welt geschehen war.

Gleichwohl zeugte der Sieg von Andrés Manuel López Obrador (AMLO) 2018 in Mexiko von einem regionalen Heterogenisierungsprozess. Lateinamerika wurde diverser und ließ sich weniger durch die Metapher irgendeiner „Welle“<sup>3</sup> charakterisieren. Dennoch kann man nicht von einer neuen progressiven Mehrheit sprechen. Heute gibt es in der Region die rechtsgerichtete Hybris von Javier Milei in Argentinien, den rechtsgerichteten Autoritarismus von Nayib Bukele in El Salvador, die wiedergewählte Rechte in Ecuador und andere mehr.

In diesem Kontext steht die Sexual- und Genderpolitik im Zentrum der Auseinandersetzungen, als eine Art „symbolischer

- 1 Zur vertiefenden Analyse der Verbindung von feministischen Bewegungen mit linken Parteien in der Region siehe Friedman, Elisabeth. 2009. „Gender, Sexuality and the Latin American Left: testing the transformation“. *Third World Quarterly*. Volume 30, Issue 2.
- 2 Zu den Gründen gehörten die personalistische und/oder autoritäre politische Führung von Regierenden, Korruption in der Regierungsführung, internationale und nationale Kampagnen zur Rufschädigung, angeführt von der politischen und wirtschaftlichen Rechten, Staatsstriche, die Unfähigkeit mit der neoliberalen Matrix zu brechen (wie zuvor beschrieben, besonders im Bezug auf Wirtschaftspolitiken) und der Preisverfall von Rohstoffen auf dem internationalen Markt.
- 3 In Bolivien kehrte die *Movimiento al Socialismo* (Bewegung zum Sozialismus, span. Abkürzung: MAS) unter Luis Arce zurück, im Anschluss an die Übergangsregierung durch die neokonservative Jeanine Áñez. In Argentinien gewann 2019 Alberto Fernández an den Wahlen. In Peru obsiegte 2021 ein Kandidat der Linken, Pedro Castillo, obwohl es sich später als unmöglich erwies, die institutionelle Macht zu festigen. In Chile gewann 2021 die Linke mit Gabriel Boric und in Kolumbien gab der Wahlsieg von Gustavo Petro und Francia Márquez den Rhythmus für die Fortschrittsbewegung in der Region an. Die jüngste Nachricht ist die Übernahme der Präsidentschaft in Mexiko durch Claudia Sheinbaum.

Klebstoff“<sup>4</sup> aus dessen Innerem entscheidende politische Ausrichtungen der unterschiedlichen Regierungen entstehen, von welcher politischen Couleur sie auch seien. Die Mehrheit der Analysen über die Beziehungen von Feminismen und der Genderagenda mit den politischen Kräften an der Macht, fokussieren die Angriffslust der neoliberalen und/oder konservativen Rechten auf Demokratisierungsprogramme der Genderverhältnisse. Die Analysen über die Art und Weise, wie das linke Spektrum die feministische Agenda bearbeitet, sie integriert oder für sie streitet, sind rarer gesät. Aber das ist wichtig, aus unterschiedlichen Gründen.

**Erstens** ermöglicht eine Analyse der Sexual- und Genderpolitik der (neuen) progressiven Bewegungen, zumindest in Teilen, ein Verständnis dafür, wie genderfeindliche, antifeministische und konservative Ideen als Nährboden für die Rechten in der Region dienen. **Zweitens** gestattet es eine weniger verzerrte Analyse darüber, wie die politischen Linken sich von feministischen Agenden herausfordern lassen müssen und bis zu welchem Punkt sie dies getan haben, oder nicht. **Drittens** ermöglicht sie die Klärung einiger Dimensionen dessen, wie und warum Frauen die Rechte wählen, beziehungsweise progressive oder linke Optionen unterstützen. **Viertens** stellt eine Analyse der Beziehung zwischen der Linken, Genderpolitiken und Feminismen die fiktive Gleichung in Frage, linke Regierungen hätten feministische Agenden immer unterstützt, eher ermöglicht sie eine Neubewertung des Streitcharakters der Politik. **Fünftens** können solche Analysen die Diversität des feministischen Feldes selbst aufzeigen.

Dies ist die Herausforderung der folgenden Seiten: eine, noch vorläufige Analyse voranzubringen über die Beziehung zwischen der Genderpolitik der jüngsten progressiven Regierungen und Feminismen. Diese Analyse untersucht drei Fälle: Mexiko (Regierung von AMLO, 2018-2024), Argentinien (Regierung von Alberto Fernández 2019-2023) und Kolumbien (laufende Regierung von Gustavo Petro, 2022-2026). Obwohl die Auswahl auch eine andere hätte sein können, sind es aus folgenden Gründen diese drei Länder: es sind jeweils sehr unterschiedliche Erfahrungen, die verschiedene Teilregionen einbeziehen und deren Analyse uns eine Hypothesenbildung über die unterschiedlichen politischen Richtungsänderungen erlaubt, die die politischen Prozesse bisher hatten (nach rechts in Argentinien, hin zu linker Kontinuität in Mexiko und, im Falle Kolumbiens, erstmalig nach links).

Es wird auf einige Schlüsselthemen fokussiert, welche die Besonderheiten jedes einzelnen dieser Prozesse hervorheben und zeigen, wie komplex eine Analyse der Beziehungen zwischen progressiven Regierungen an der Macht und Feminismen ist.

Bei jedem Fall sind die Leitfragen: Welche Themen der feministischen Agenda gab es in den politischen Kampagnen, in welcher Form und mit welchen Inhalten? Was sind die politisch-institutionellen Konkretisierungen dieser anfänglichen Agenda und wie festigen sie sich im Hinblick auf die Gender- und Sexualitätspolitiken? Wie entwickeln sie sich und welche Reichweite haben sie im Fall ihrer Etablierung? Wie stellt sich das Verhältnis zu den diversen Feminismen während des Zeitraums dar?

Allerdings ist eine vergleichende Analyse verschiedener Kontexte immer nur eingeschränkt möglich, so auch in diesem Fall. Erstens sind die analysierten politischen Prozesse asynchron. Die Daten des Regierungsbeginns von AMLO und Alberto Fernández lagen nahe beieinander, aber die Regierung von Petro begann einige Jahre später. Das ist wichtig, weil sich geo-

politische Bedingungen verändert haben wie auch die regionale feministische Politik. Letztendlich sind die Bedingungen, denen sie ausgesetzt waren anders.

Zweitens überschneiden sich im Fall von Mexiko und Argentinien die betrachteten politischen Zyklen mit dem Management der Corona-Pandemie, was die politischen Agenden teilweise veränderte und Konsequenzen im Bezug auf den Haushalt hatte. Drittens dauern diese Politikzyklen auch unterschiedlich lange: in Mexiko währt eine Regierung sechs Jahre, während es in Argentinien und Kolumbien vier Jahre sind. Das bedeutet Unterschiede bei den Umsetzungszeiträumen von Politiken, der Agenda, ihrem Rhythmus, etc. Obendrein läuft die Regierung von Petro indes noch, weshalb eine Auswertung des Erreichten nicht möglich ist und jede Analyse des Prozesses vorläufig ist. Außerdem sind die politischen Organisationssysteme in den Ländern verschieden, Mexiko und Argentinien haben föderale Systeme und Kolumbien nicht. Schließlich sind es drei sehr junge politische Prozesse, die nur mit einer sehr begrenzten Distanz analysierbar sind.

## 1. Mexiko: Morena an der Macht (2018-2024)

Die sechsjährige Regierungszeit von AMLO, seine Sexual- und Genderpolitik und sein Verhältnis zu den Feminismen verweisen auf hochintensive Konflikte einerseits innerhalb der Feminismen im Bewegtensinneren, und andererseits zwischen einem Teil der Feminismen mit der Regierung. Schon 2018 erfreuten sich die feministischen Bewegungen Mexikos an Solidität, Vitalität und nachweislich der Fähigkeit, die politische Macht herauszufordern. Mit fortschreitendem Regierungsverlauf zeichnete sich die Grenze zwischen institutionellen Feminismen und jenen, die das nicht sind, immer klarer ab. Sowohl in den durchgeführten Interviews als auch in Pressemeldungen, sozialen Netzwerken und akademischen Texten kann man feministische Bewegungen finden, die die Fortschritte der Regierung unterstützen und andere, die während der Regierungszeit ein klares politisches Oppositionslager bildeten und aufrecht erhielten.

Die Charakterisierung der Führungsweise AMLOs ist selbst umstritten. Für einige Feminist\*innen ist die Einordnung dieser Regierung als links problematisch. Obwohl sie einige Eigenschaften dieser politischen Ausrichtung aufweist, wie die klare Stärkung des Staates und die Betonung einer Art von „Klassenpolitik“, vornehmlich durch sozialpolitische Maßnahmen, würden andere Teile ihres Programms – die Verteidigung von Sparprogrammen zum Beispiel – dieser Klassifizierung entgegenstehen, oder sie zumindest revidieren. Ein anderer, ebenfalls feministischer, Sektor bekräftigt die Nähe zur Bevölkerung der Regierung von AMLO und verteidigt ihn als Bestandteil einer Rückkehr der Linken an die Macht in der Region, entgegengesetzt zum erwähnten Rechtsruck. Dieser Sektor betrachtet ihn als „Mann der Linken“, der sich der Kämpfe für Frauenrechte annimmt.

Die Distanz oder Nähe von AMLO zu den Feminismen sind Teil der Rechnung. AMLO wird als „Mann seiner Zeit“ charakterisiert, der nicht mit Codes und politischen Repertoires der Feminismen auf den Straßen kommuniziert. Aufgrund der Bedeutung, die die Bezeichnung „konservativ“ hat, meiden die der Regierung näherstehenden Feminist\*innen sie. Sie sprechen also von einem „traditionellen“ Mann, unter dessen Führung

4 Kováts, Eszter. 2015. Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilization in Europe. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf>



Zu Recht wütend - Demo am Frauenkampftag 8M 2022 in Mexiko-Stadt. Quelle: Danielle Lupin, via Flickr. (CC BY-SA 2.0)

sich Möglichkeiten für die Genderagenda eröffnet haben. Eine andere Linie charakterisiert ihn direkt als konservativ und machistisch und begründet dies mit seinen Äußerungen und seinem Führungsstil. AMLO nutzte das Etikett „konservativ“ ebenfalls, um sich auf die Feminismen zu beziehen. 2021 attestierte er den Feminist\*innen beispielsweise, seine Regierung „schädigen“ zu wollen und bezeichnete sie als „konservativ“.

Jedenfalls wurde AMLOs Kandidatur nicht durch einen Konsens der feministischen Bewegungen getragen. Der Wahlkampf und der Kampf der Feminismen fanden parallel statt. Sie trafen sich und kollidierten in gewissem Sinne, in der Wahlkampagne und nach den Wahlen. Tatsächlich meint eine der interviewten Frauen, dass die „Regierung einen Beinamen oder eine Verortung vonseiten eines beträchtlichen Teils der feministischen Bewegung überwinden musste (...), dass sie eine Regierung sei, der die Frauen egal wären, dass der Präsident ein Machist sei, der sich nicht für Frauen engagiere (...). Und das hat sie geschafft“ (Elvira Concheiro, Interview, 2024). Dieses Argument stützt, dass AMLO Feminist\*innen und Frauen aktives Gehör schenkte, sowohl während seiner politischen Laufbahn vor der Regierung als auch danach. Andere Haltungen fächern Kritik an seiner Führung und seinem Programm auf, das sie als progressive Distanzierung von der feministischen Agenda lesen. Die Inhalte und Prozesse, die in der Wahlkampagne durchschienen, drücken all das aus.

## 1.1 AMLO im Wahlkampf

AMLO war der Kandidat von Juntos Haremos Historia (Zusammen werden wir Geschichte schreiben), einer Koalition bestehend aus Morena, der Partei der Arbeit (span. Abkürzung: PT) - beide links - und der konservativen Partei Soziale Begegnung (span. Abkürzung: PES).

Die Beteiligung der PES an der Koalition hatte Konsequenzen für die Genderagenda von AMLO während des Wahlkampfes und auch für seine Legitimität gegenüber den Feminismen. Obgleich im Wahlprogramm von Morena die Geschlechtergleichstellung ein klarer und starker Punkt war, definierte die PES „Leben und Familie“ als ersten von fünf prioritären Berei-

chen und nahm sich „den transversalen Schutz von Leben“ vor, auf einer Linie mit der konservativen Politik.

Der Wahlkampf von AMLO konzentrierte sich auf die Kritik an Korruption. Erwähnungen seiner Genderagenda waren auf öffentlichen Veranstaltungen fast nicht existent.<sup>5</sup> Als er direkt zu Abtreibung und zur gleichgeschlechtlichen Ehe befragt wurde, versicherte er, dass errungene Rechte nicht verloren gehen dürften, dass diese Themen jedoch durch Anhörungen der Öffentlichkeit gelöst werden könnten. Diese Ausrede rief radikale Kritik aus den Feminismen hervor.

Im Verlauf des Wahlkampfes äußerten sich verschiedene Organisationen wie die Informationsgruppe für selbstgewählte Reproduktion (span. Abkürzung: GIRE) und/oder machten gegenüber den Akteuren im Wahlkampf Vorschläge. Die GIRE nahm zum Beispiel in ihr Programm auf:

*„In Mexiko brauchen wir uns keine weiteren „rosaroten“ Politiken oder neuen Institutionen auszudenken. Wir müssen sicherstellen, dass die existierenden Mechanismen funktionieren und in der Rechtsordnung abgebildete Rechte garantiert werden. Wir brauchen Gestaltungsprozesse öffentlicher Politiken, die die Stimmen von Frauen einschließen, vor allem jener, die Gewalt erlebt haben, sowie Mechanismen zur Nachverfolgung, Überwachung und Auswertung. Diese sollen Erkenntnisse darüber bringen, ob die Programme funktionieren, bevor sie im ganzen Land kopiert werden.“<sup>6</sup>*

Im selben Dokument wird, ähnlich wie in den Dokumenten von anderen Organisationen, unter anderem gefordert: Entkriminalisierung von Abtreibung (eine ausschließlich in Mexiko-Stadt verabschiedete Maßnahme); Zugang zur Justiz; Sozialversicherung, paritätische Demokratie; Arbeitnehmer\*innenrechte für Hausangestellte und Strategien zur Senkung von Schwangerschaften im Jugendalter.

Die Äußerungen der feministischen Kollektive im Wahlkampf brachten Morena dazu, in diesem Sinne zu handeln. Am Wichtigsten war die Ausarbeitung und Veröffentlichung von „Femsplainig“, einem Dokument, das sich die „Sichtbarmachung von Problematiken, denen wir in Mexiko gegenüberstehen“<sup>7</sup>, erhoffte. Zu den dort genannten Themen zählen die hohe

5 Alle Kandidaturen im Wahlkampf ließen die Agenda der Gleichberechtigung der Geschlechter außen vor.

6 GIRE, EQUIS. 2018. Una agenda para la igualdad. <https://51porciento.gire.org.mx/assets/pdf/51%20Una%20agenda%20para%20la%20igualdad.pdf>

7 Morena Mujeres. 2018. Femsplainig. Hablemos nosotras. <https://drive.google.com/file/d/1nbUQIKMYO2NuALDOFC3BEwAGy-QOs9dx/view?pli=1>

Feminizidrate, das Einkommensgefälle, Gewalt in der Geburtshilfe, sexuelle Belästigung auf der Straße, Zugang zu Bildung und die Feminisierung von Armut. Femsplaining wurde von AMLOs Beraterinnen Tatiana Clouthier und Olga Sánchez Cordero angestoßen, die im Land bekannte Feministinnen sind. In den Reaktionen auf Femsplaining wurde die Relevanz des Programms hervorgehoben. Es gab jedoch auch Einigkeit darüber, dass ein großes Thema fehlte: Abtreibung.

Als Gründe dafür werden die Präsenz der konservativen PES innerhalb der Morena-Koalition ausgemacht, die persönlichen Überzeugungen von AMLO sowie strategische Entscheidungen zur Setzung feministischer Kerninhalte und um nicht zuzulassen, dass die Diskussion durch nur einen von ihnen definiert werden würde. Mit dem Wahlsieg wurde die Frage lauter, ob AMLOs Regierung feministisch sein würde. In einer von der Zeitschrift Nueva Sociedad veröffentlichten Analyse wurde herausgestellt, „die Mehrzahl der Vorschläge konzentrieren sich darauf, materielle Gleichberechtigung vor grundlegender Gleichberechtigung zu erreichen“.<sup>8</sup> Und weiter:

*„Es wird viel von der Vergabe von Stipendien gesprochen, Gehaltserhöhungen, dem Bau von Produktivzentren in marginalisierten Stadtvierteln und von der Öffnung von mehr Kindergärten und Tagesbetreuung für Kinder, aber nichts über Inklusionsstrategien mit einer echten Genderperspektive, wie es zum Beispiel die Verteilung von Haushaltstätigkeiten zwischen Männern und Frauen wäre, geteilte Kindererziehung, Ausweitung der Vaterschaftszeiten, oder die Gestaltung von Programmen zur Bildung neuer Männlichkeiten für eine Verringerung und Prävention von geschlechtsbezogener Gewalt“.*

Der Artikel verwies auch auf die fehlende Auseinandersetzung mit dem Thema Abtreibung. Die Schlussfolgerung war: „die Hoffnung auf eine vierte Transformation (4T) in Sachen Geschlecht liegt noch in der Luft“. Blieb sie in der Luft?

Nach seiner Amtsübernahme im November 2019 unterschrieb AMLO ein „Abkommen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern“.<sup>9</sup> Darin erklärte er: „Was uns anbetrifft, wird es in dieser Regierung keine Diskriminierung geben. Wir setzen nicht auf Ungleichheit, wir werden Rechte, so wie sie in den Gesetzen und in der Verfassung festgelegt sind, garantieren und Machismus wird es nicht geben“. Das Abkommen hatte die Absicht darauf hinzuarbeiten,

1. die ärmsten und diskriminiertesten Frauen und Mädchen stets ins Zentrum der 4T und der Entwicklung Mexikos zu stellen;
2. mehr formelle Arbeit, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Rechte für Frauen sicherzustellen;
3. höheren Wohlstand für Frauen und Mädchen zu garantieren, mit Bildung für alle Frauen, Respekt, Freiheit von Gewalt, Frieden und Sicherheit;
4. dass eine gerechtere Aufteilung der Care-Arbeit in Familie und Arbeit stattfindet und Frauen mehr Zeit für sich selbst haben;
5. dass Frauen über ihr ganzes Leben hinweg bessere medizinische Gesundheitsversorgung erhalten;
6. dass eine geschlechterübergreifende Zusammenarbeit für eine neue nationale Kultur entsteht, die auf den Werten und Prinzipien der Regierung basiert: Rechtsgleichheit und Chancengleichheit für Frauen und Mädchen.

Diese sechs Punkte verweisen auf ein umfassendes Programm, zu dem im Folgenden eine Reihe von Entwicklungen beschrieben werden.

## 1.2 Entkriminalisierung von Abtreibung

Mexiko hat ein föderales politisches System, in dem jeder Bundesstaat und Mexiko-Stadt gesetzgeberische Autonomie im Straf- und Zivilrecht besitzen. In diesem Kontext gingen Fortschritte beim Recht auf Abtreibung zunächst und hauptsächlich über Reformen auf lokaler Ebene vonstatten.

Während der hier analysierten Amtszeit erfuhr die Abtreibungspolitik Fortschritte, obgleich eine klare Initiative der Exekutivmacht ausblieb. Der Impuls kam hauptsächlich aus der feministischen Bewegung, der Zivilgesellschaft und von Gerichtsurteilen, die vom Obersten Nationalen Gerichtshof (span. Abkürzung: SCJN) gefällt wurden.

Wie erwähnt, war während des Wahlkampfes aufgrund der Abtreibungsagenda der erste große Bruch von Teilen der Feministen mit der Morena-Partei eingetreten. 2019, zu Beginn der Regierungszeit, traf sich AMLO mit 100 Feminist\*innen und schlug während des Treffens erneut vor, das Thema Abtreibung in einer Anhörung der Öffentlichkeit vorzulegen. Das Treffen zog nicht nur Kritik nach sich, sondern geradewegs Brüche und Distanzierungen.

### Geschichte der Entkriminalisierung von Abtreibung in Mexiko-Stadt

Seit 1997 stellt die politische Linke in Mexiko-Stadt die Bürgermeister\*innen. Seither implementierte Mexiko-Stadt bedeutsame Reformen zur Demokratisierung der reproduktiven Rechte. Der erste bedeutende Schritt geschah im Jahr 2000, als eine Reform des lokalen Strafgesetzbuchs in Bezug auf Abtreibung angenommen wurde. Diese schloss Ausnahmen für Fälle von Vergewaltigung, schwerer Missbildungen des Fötus und der Gefahr für die Gesundheit der Frau ein. 2007 entkriminalisierte Mexiko-Stadt Abtreibung komplett.

Abtreibung wurde zwischen 2019 und 2023 in 16 von 32 Staaten des Landes entkriminalisiert, einschließlich in Baja California, Baja California Sur, Coahuila, Sinaloa, Hidalgo, Colima, Aguascalientes, Veracruz, Guerrero, Oaxaca und Quintana Roo. Die regionalen Morena-Regierungen waren Gegenstand von Kritik, ihre Politik bezüglich Abtreibung wird als inkonsistent bezeichnet. Obwohl Reformen in einigen Staaten angestoßen worden waren, blockierte die Partei ähnliche Initiativen in anderen wie Puebla und Michoacán, wo ihre Abgeordneten dagegen stimmten oder die Debatten auf unbestimmte Zeit vertagten. Dies wurde als fehlender interner Zusammenhalt und politischer Wille innerhalb der Partei gedeutet.

Jüngst 2024 kamen zu den Staaten, die Gesetzgebungsreformen durchgeführt haben, Chiapas und der Bundesstaat Mexiko hinzu. Heute haben 19 Bundesstaaten in Mexiko ihre Strafgesetzbücher angepasst. Die hauptsächliche Linienführung dieses Prozesses war, wie zuvor erwähnt, jene der lokalen Gesetzgebungsreformen, angestoßen von feministischen Kollektiven und Organisationen wie der GIRE.

8 Ruiz, Brisa. 2018. México: ¿La 'cuarta transformación' será feminista? AMLO ante la lucha de las mujeres. Nueva Sociedad. <https://nuso.org/articulo/mexico-la-cuar-ta-transformacion-sera-feminista>

9 Comisión Nacional para Prevenir y Erradicar la Violencia Contra las Mujeres. 2019. Firma del Acuerdo por la Igualdad entre Mujeres y Hombres. Gobierno de México. <https://www.gob.mx/conavim/articulos/firma-del-acuerdo-por-la-igualdad-entre-mujeres-y-hombres-228406>

Der SCJN spielte eine entscheidende Rolle durch Gerichtsurteile, die gesetzliche Präzedenzfälle schufen, damit die lokalen Kongresse ihre Rechtsrahmen mit den Standards der Menschenrechte in Einklang brächten. Ein historisches Urteil im Jahr 2021 erklärte die absolute Kriminalisierung von Abtreibung für verfassungswidrig und verpflichtete die Bundesstaaten zur Anpassung ihrer Gesetze unter Androhung von gerichtlichen Sanktionen. So wurde entschieden, dass keine Frau aufgrund eines Schwangerschaftsabbruches inhaftiert werden darf. Eine weitere Errungenschaft war die Gegenzeichnung des Gesetzes NOM 46, das den Zugang zu Abtreibung für jugendliche Opfer von Vergewaltigung garantiert, sogar ohne Zustimmung der Eltern oder Vormünder. Unter der Regierung von AMLO wurden über das ganze Land verteilt Sichere Abtreibungsdienste (span. Abkürzung: SAS) aufgebaut, um den effektiven Zugang zum Verfahren zu gewährleisten.<sup>10</sup>

In diesem Prozess entschied sich die Bundesregierung für die Beibehaltung einer uneindeutigen Position zur Vermeidung von politischen und religiösen Konflikten. Sie argumentierte, auf diesem Gebiet eine Gesetzgebung zu schaffen, könne die Gesellschaft polarisieren und ideologische Konfrontationen hervorbringen. Nichtsdestotrotz bat sie 2021 nach dem Urteil des SCJN die mexikanische Bevölkerung, die Entscheidung dieser gerichtlichen Instanz zu respektieren.

In der öffentlichen Debatte zeugt das Thema Abtreibung nach wie vor von einer starken Polarisierung in der mexikanischen Gesellschaft. Einer von der Zeitung El Universal im März 2022 durchgeführten Umfrage zufolge – d. h. nach dem Urteil von 2021 – sprachen sich 50 Prozent der Männer und 49 Prozent der Frauen für ein Recht auf Abtreibung aus.<sup>11</sup>

Der letzte Meilenstein war 2023, als der SCJN jene Artikel des Bundesstrafgesetzbuches für verfassungswidrig erklärte, die Abtreibung unter Strafe stellten. So verpflichtete er Abgeordnetenkammer und Senat zur Modifizierung des Gesetzes und gewährleistete damit, dass der Zugang zu Abtreibungsdienstleistungen in Bundesgesundheitsinstitutionen zu einem legalen Recht wurde. Nach diesem Urteil gab sich der Präsident reserviert. In einer öffentlichen Ansprache sagte er, er hätte nicht genügend Informationen über die Entscheidung und zöge vor, nicht sofort eine Stellungnahme abzugeben.

Alles in allem endeten die sechs Jahre Regierungszeit von AMLO mit entscheidenden Schritten im Bereich des Rechts auf Abtreibung, obwohl der Prozess noch immer un abgeschlossen ist: einerseits wurde Abtreibung auf Bundesebene nicht mehr als Delikt geahndet, was einen historischen Fortschritt darstellte; andererseits hängt die tatsächliche Umsetzung und Erweiterung der Rechtsgarantien von der gesetzgeberischen Harmonisierung in den verbleibenden Staaten ab, in denen noch immer restriktive Strafgesetzbücher existieren. Außerdem bestehen Probleme beim effektiven Zugang zu sicherer Abtreibung fort, die mit territorialen und sozioökonomischen Unterschieden zusammenhängen. Die Verweigerung aus Gewissensgründen im Gesundheitssektor bleibt, wenngleich reguliert, weiterhin ein Hindernis. Das Fehlen einer konsistenten Gesetzgebungspolitik vonseiten der Morena-Partei und ihre internen Spaltungen begrenzen einen breiteren und homogeneren Fortschritt auf nationaler Ebene.

Eine weitere Herausforderung steht in Verbindung zu der Tätigkeit der religiösen Konservatismen, die mit ihrem Anti-Rechte-Programm nicht nachgeben und in der Tat ihre aktive reaktionäre Haltung aufrechterhalten haben. 2024 führten hunderte Lebensrechts-Aktivist\*innen einen Marsch in Mexiko-Stadt durch, um ihrer Ablehnung gegenüber der Entkriminalisierung von Abtreibung Ausdruck zu verleihen und forderten „das Leben ab der Empfängnis“ zu respektieren. Sie forderten auch eine bessere Versorgung von schwangeren Frauen in vulnerablen Situationen und prangerten die diesbezüglich aus ihrer Sicht bestehende staatliche Vernachlässigung an.

### 1.3 Gewalt und Feminizide: Zahlen, Politiken und Polemiken



„Keine Feminizide mehr“ – (Nicht nur) in Mexiko zeugt Gewalt gegen Frauen von einer sozialen und Menschenrechtskrise. Quelle: Iunita Lu, via Flickr (CC BY-NC 2.0)

Geschlechtsspezifische Gewalt und Feminizide in Mexiko stellen eine soziale und menschenrechtliche Krise dar. Während der Regierungszeit von AMLO waren die Formen geschlechtsbezogener Gewalt Gegenstand von Analysen und politischer Aufmerksamkeit aus verschiedenen Perspektiven als auch Gegenstand feministischer Kritik auf die institutionelle Antwort des Staates. Laut einer der interviewten Frauen war einer der entschlossenen Schritte der Regierung die Platzierung des Themas in der öffentlichen Debatte und die Gewährleistung ihres dortigen Verbleibs (Sayuri Herrera, Interview 2024).

Die Verlautbarungen des Präsidenten AMLO gegenüber Formen geschlechtsbezogener Gewalt waren ebenfalls Gegenstand von Kontroversen. Mitunter spielte er die Tragweite des Problems herunter oder schrieb es politischen Strategien seiner Gegner\*innen zu. Diese Haltung führte zu Spannungen mit Teilen der feministischen Bewegung, die ihre Mobilisierungen auf nationaler Ebene verstärkte.

Gleichzeitig war die Agenda zur Bekämpfung von Formen geschlechtsbezogener Gewalt Bestandteil von Femsplaining, anders als es, wie zuvor erläutert, bei der Abtreibung passiert war. Im weiteren Verlauf waren Maßnahmen in diesem Sinne dann auch von zentraler Bedeutung. Zwischen 2018 und 2024 fand eine Stärkung des Rechtsrahmens auf diesem Feld statt, einschließlich relevanter Änderungen des Allgemeinen Gesetzes über den Zugang von Frauen zu einem Leben frei von Gewalt, welches 2007 verabschiedet worden war. Im Januar 2024

10 Diese Dienste sind spezialisierte Einheiten innerhalb des öffentlichen Gesundheitssystems, die von Institutionen wie dem Ministerium für Gesundheit, der IMSS und der ISSSTE koordiniert werden. Sie bieten grundlegende Versorgung auf Basis des Gesetzes NOM-046-SSA2-2005 an, die sichere Methoden wie Medikamente und manuelle Absaugung aus der Gebärmutter (span. Abkürzung: AMEU) einschließt, mit ausgebildetem Personal und Protokollen, die die Privatsphäre und eine würdige Behandlung garantieren.

11 Capdevielle, Pauline. 2023. El derecho al aborto y la objeción de conciencia en materia sanitaria en México. Instituto de Investigaciones Jurídicas. Opiniones técnicas sobre temas de relevancia nacional. <https://archivos.juridicas.unam.mx/www/bjv/libros/15/7178/3.pdf>



wurde die Norm beispielsweise reformiert, um das Funktionieren der „Zentren für Gerechtigkeit für Frauen“ zu regeln, unter Definition ihrer Zuständigkeiten, Reichweite, Charakteristiken und allgemeinen Leitlinien. Ziel war die Absicherung umfassender und kostenloser Versorgung für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden waren. Zwischen 2021 und 2024 wurden auch andere Änderungen vorgenommen, wie jene im Zusammenhang mit der Erklärung über ein Alarmsystem wegen geschlechtsbezogener Gewalt für bestimmte Gebiete, die Sofortmaßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des Themas einschließen: Olympia-Gesetz zur Beendigung von Gewalt in digitalen Medien; Ingrid-Gesetz zur Ahndung unbefugter Verbreitung von Informationen, die Opfern von Verbrechen betreffen, insbesondere Opfer von Feminiziden; Maßnahmen zur Anerkennung und Beendigung von Gewalt in der Geburtshilfe; die Reform des Gesetzes gegen Angriffe mit ätzenden und chemischen Substanzen (Malena-Gesetz). Dieses sieht die Prävention vor, Sanktionierung und Wiedergutmachung von solchen Angriffen vor, wobei sie deren Schwere und ihre Auswirkungen auf die Unversehrtheit der Opfers anerkennt.

### Zu den implementierten politischen Maßnahmen der AMLO-Regierung zählten:

- Schaffung des Nationalen Registers für verschwundene und nicht lokalisierte Personen, das als Schlüsselwerkzeug zur Suche nach verschwundenen Frauen betrachtet wurde.
- Stärkung der spezialisierten Staatsanwaltschaft für Feminizide.
- Ausweitung der Zentren für Gerechtigkeit für Frauen, als umfassende Versorgungsräume für Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt (die Zahl stieg von 43 Zentren 2018 auf 69 Zentren 2024).
- Verbesserung des Systems zur Informationserfassung der Nationalen Informationsdatenbank für Fälle von Gewalt gegen Frauen, die 2003 gegründet wurde.
- Erklärung über Alarmsysteme bei geschlechtsbezogener Gewalt, (span. Abkürzung: AVGM): Zwischen 2019 und 2024 wurden sechs neue AVGM ausgerufen, für die Staaten Baja California, Chihuahua, Mexiko-Stadt, Puebla, Sonora und Tlaxcala. In der Regierungszeit stiegen im Land die aktiven Alarmsysteme von 19 auf 25 und die Anzahl der Verwaltungseinheiten, für die sie ausgerufen wurden, von 17 auf 22.

Ein spezifischerer Fall mit anhaltenden Folgen war der Umgang der Politik in Mexiko-Stadt mit Formen geschlechtsbezogener Gewalt. Die feministische Zeitung La Regeneración führte die Initiativen der Verwaltung unter Claudia Sheinbaum als Bürgermeisterin der Hauptstadt (2018-2023) auf und bekräftigte,

der Aufbau einer sichereren Stadt für Frauen sei möglich gewesen, indem man auf Prävention und Zugang zum Rechtswesen setzte.<sup>12</sup> Dies hatte, so die Zeitung, ein Absinken der Feminizidrate um 45 Prozent zur Folge.<sup>13</sup>

Was die Bundespolitik anging, waren die zwei polemischsten Themen die Haushaltsfrage und die statistische Erfassung von Zahlen zu Formen der Gewalt. Seit Beginn der AMLO-Verwaltung wurden Diskrepanzen zwischen den von unterschiedlichen Regierungsinstitutionen vorgelegten Statistiken, wie dem Regierungsministerium für das Nationale System der Öffentlichen Sicherheit (span. Abkürzung: SESNP), dem Nationalen Institut für Statistik und Geografie (span. Abkürzung: INEGI) und den Berichten von feministischen Organisationen und Medien verzeichnet.

Die Bundesregierung beharrte darauf, dass Feminizide und vorsätzliche Tötungen von Frauen stabil geblieben oder in bestimmten Zeiträumen gesunken seien, wobei die von ihnen genutzten Daten, abhängig von der verwendeten Methodologie, Abweichungen aufwiesen. Laut feministischen Analysen war es richtig, dass Feminizide abnahmen. Sie betonten außerdem die stärkere Spezialisierung der Protokolle zur Begutachtung der Fälle, was aber Analysen verfälschen könne, da mehr Fälle als vorher gemeldet würden. Dies bedeute jedoch nicht automatisch einen Anstieg der Fälle. Andere Quellen geben im Gegenteil dazu an, die offiziellen Zahlen würden die Realität unterschätzen, besonders in Bundesstaaten mit einem hohen Niveau an Straflosigkeit. Sicher ist, dass eine fehlende einheitliche Klassifikation von Feminiziden auf staatlicher Ebene und die mangelhafte Datensammlung zu konstanten öffentlichen Disputen führten.

Andererseits wurden während der Regierungszeit zwar die Mittel für die Förderung der Geschlechtergleichstellung aufgestockt, die Verteilung und Verwaltung dieser Mittel führte jedoch zu Polemiken, da der Schwerpunkt auf allgemeinen Sozialprogrammen lag und Kürzungen in Schlüsselbereichen vorgenommen wurden. Ein Beleg dafür waren die Änderungen im Anhang 13, der sich auf den Bundesausgabenhaushalt (span. Abkürzung: PEF) bezieht und die Ausgaben für Gleichberechtigung von Frauen und Männern auflistet. Der Anhang 13 wurde in dem Zeitraum erhöht; für 2024 wurden gut 400 Millionen Pesos zugeteilt, die höchste Summe seit seiner Einrichtung und ein Anstieg um 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Dennoch war ein wichtiger Anteil der vorgesehenen Mittel für allgemeine Sozialprogramme wie der Rente bestimmt und nicht für spezifische Programme zu Geschlechtergleichstellung. Dies rief Kritik hervor, da diese Programme keine Genderperspektive aufwiesen. Andere Projekte und Programme waren Haushaltskürzungen unterworfen, darunter Frauenhäuser.

2019 gab es eine intensive Debatte, als die Bundesregierung die Zuweisung von Zuschüssen für das Nationale Zentrum für Gleichstellung der Geschlechter und Reproduktive Gesundheit beendete, was die Finanzierung von Frauenhäusern vorgese-

12 La Regeneración. 2024. ¿Dónde está la 4T? La Regeneración. El Periódico de las Mujeres Unidas en Movimiento vol. 8. <https://drive.google.com/file/d/1YYWDjxoQMfDD1wx5719LW6fBpqHPe-db/view>

13 Zu den dort implementierten Politiken zählte die Schaffung von 27 Luna-Einheiten (Versorgungs- und Präventionseinheiten bei Gewalt gegen Frauen, die psychologische und rechtliche Beratung sowie Weiterleitung an Gesundheits- und Justizbehörden anbieten und die wirtschaftliche Autonomie fördern); das Wachstum der „Anwältinnen der Frauen“, die kostenlose Rechtsberatung in den Büros der Staatsanwaltschaft leisten; das Programm „Fahre sicher im öffentlichen Verkehr“; die Ausarbeitung des Feminizidatlas, ein Werkzeug zur Darstellung von Informationen, die täglich bei der Staatsanwaltschaft für Untersuchungen zum Delikt des Feminizids verarbeitet werden; die politische Maßnahme „Sichere Wege: frei und sicher zu Fuß unterwegs“, die 710 km beleuchtete Wege und verbesserte Stadtinfrastruktur auswies; die Telefon-Hotline „Frauen SOS \*765“; das Öffentliche Täterregister; die Schulung von Polizist\*innen im Bereich Menschenrechte und Genderperspektive; die Reform „Der Aggressor verlässt das Haus“: sie legt fest, dass, wenn eine Frau durch ihren Partner zu Hause angegriffen wird, der Aggressor das Zuhause verlassen muss, weiterhin für die Zahlung von Dienstleistungen verantwortlich bleibt und die Wohnstätte nicht veräußern darf; das Malena-Gesetz und das Monzón-Gesetz, das Vätern, die sich des tatsächlichen oder versuchten Feminizids strafbar gemacht haben, das Sorgerecht entzieht.

hen hatte.<sup>14</sup> Das Unterstützungsprogramm für Frauenhäuser wurde zwar fortgeführt und ist für eine Politik gegen Gewalt unabdingbar, seine nachhaltige Finanzierung war seither aber kompliziert. Im Gegensatz zu alledem verzeichnen die Daten der Regierung auf umfangreiche Verbesserungen von Haushaltszuweisungen für Programme, die Geschlechtergleichheit zugeordnet sind.

## 1.4 Geschlechterparität: Fortschritte und Widerstände

Die Paritätspolitik und der dazugehörige Rechtsrahmen waren zentrale Entwicklungen für die Stärkung der Geschlechtergleichheit im politischen und öffentlichen Bereich und zu Recht eines der Aushängeschilder der Regierung AMLOs.

Die ersten Schritte in Richtung Parität begannen mit der Verfassungsreform 2014, welche eine verpflichtende Geschlechterparität für politische Parteien bei ihren Kongresskandidaturen festschrieb. 2019 wurde dieses Prinzip durch die Verfassungsreform zu Geschlechterparität konsolidiert, die das paritätische Mandat als Verfassungsprinzip für alle öffentlichen und Regierungsangestellten regelte. Man weitete ihre Anwendung auf Justiz, Gemeinderäte, autonome Organe und Kabinette der Bundesregierung und der Regierungen der Bundesstaaten aus.

Die Vorgeschichte des Bestrebens lag in der Parteistruktur von Morena. Seit ihrer Parteigründung 2014 führte Morena in ihrem Statut Instrumente für die Organisation von Frauen. In ihrer Prinzipienklärung definierte Morena sich als Organisation, die „für Anerkennung der vollumfänglichen Rechte der Frauen kämpft“, einschließlich der ökonomischen Gleichberechtigung, Arbeitnehmer\*innenrechte, Sicherheit, Gerechtigkeit, Gesundheit und Entscheidungsfreiheit über ihren Körper. 2022 fand eine Reform des Statuts statt, die dieses Engagement bekräftigte, indem sie zur Förderung und Einhaltung des Paritätsprinzips verpflichtete, sowohl bei internen Ämtern als auch bei Kandidaturen für Wahlen. Sie schloss auch Bestimmungen zur Beseitigung der geschlechtsbezogenen Gewalt in der Politik ein und sollte die Aufstellung von Personen verhindern, die aufgrund familiärer Gewalt, sexueller Aggression oder als unterhaltssäumig verurteilt worden waren.

Die Verfassungsreform der Geschlechterparität von 2019 erzielte schnelle Ergebnisse. Der Globale Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit verzeichnete für Mexiko im Jahr 2020 eine deutliche Verbesserung in der Kategorie „Politisches Empowerment“. Die Politik zur Absicherung der Geschlechterparität innerhalb der Parteien während AMLOs Regierungszeit schloss Wahlreformen ein, unter Sicherstellung der Richtlinien des Nationalen Wahlinstituts (span. Abkürzung: INE). Die Regierung stieß auch öffentliche Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen und Repräsentation von Frauen auf staatlicher und Gemeindeebene an.

Trotz der normativen Verankerung der Parität in Mexiko bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen der rechtlichen Ebene und der Realität fort. Eine Studie des Mexikanischen Instituts für Wettbewerbsfähigkeit (span. Abkürzung: IMCO) zeigte für 2023, dass, obwohl 49 Prozent der Angestellten der Bundesregierung Frauen sind, diese mehrheitlich niedrigere Ämter innehaben.<sup>15</sup> Des Weiteren besteht ein erheblicher Gender-Pay-Gap fort. In der Bundesregierung dauern also, trotz des Engagements des Präsidenten, strukturelle Probleme an. Dazu gehören Gläserne Decken, geschlechtsbezogene Einkommensunterschiede und ein ungleicher Zugang zu Entscheidungsprozessen. Zu den strukturellen und politischen Hürden gehört der Widerstand von Parteien und Institutionen, die sich auch in regionalen Unterschieden zeigen (die konservativeren Staaten zeigen größeren Widerstand gegen die Umsetzung der Reformen) und besonders die Zunahme der geschlechtsspezifischen Gewalt in der Politik. Tatsächlich hatte das Sichtbarwerden von geschlechtsspezifischer Gewalt in der Politik zur Folge, dass die Zahl an gemeldeten Fällen stieg.

Feministische Kollektive erkannten die Fortschritte bei der Parität an, wiesen aber auch auf ihre Grenzen hin. Denn Geschlechterparität ist nicht nur eine Frage von Zahlen, sondern auch eine Frage von effektiven politischen Maßnahmen zur Beseitigung von geschlechtsspezifischer Gewalt in der Politik und zur Gewährung des gleichberechtigten Zugangs zu Ressourcen und Chancen.

## 1.5 Nationales Sorge- und Pflegesystem: Politisierung und Grenzen

Der Aufbau eines Nationalen Sorge- und Pflegesystems (span. Abkürzung: SNC) und die Umsetzung von gemeinwohlorientierten Politiken, waren in der Regierungsagenda erwähnte Verpflichtungen. Dennoch wurde es kein relevantes Thema im Laufe der Regierungszeit.

2020 verabschiedete die Abgeordnetenversammlung das Allgemeine Gesetz über das Nationale Sorge- und Pflegesystem zur Neuverteilung von Care-Arbeit und Geschlechtergleichheit. Allerdings blieb die Initiative im Senat stecken, wo sie bis zum heutigen Datum nicht diskutiert wurde.

Die Situation ist das Ergebnis aus einer Kombination unterschiedlicher Faktoren. Der erste und wichtigste war der fehlende politische Wille, dem Sorge- und Pflegesystem nicht nur rhetorisch Priorität einzuräumen, sondern auch in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Der Stillstand des Gesetzes ist auch auf Haushaltsprobleme zurückzuführen. In der gesamten Region wird fehlende Finanzierung als Grund dafür angeführt, dass politischer Fortschritt ausgebremst wird. Die feministische Antwort darauf ist klar: wo der Staat keine Verantwortung übernimmt, geht das auf Kosten der Frauen. Auf Pflege und Sorgearbeit kann man nicht verzichten und die Hauptlast tragen hauptsächlich Frauen, Jugendliche und Mädchen (Elisa Gómez, Interview, 2024).

14 „Zu diesem Zeitpunkt hingen die Mittel des Nationalen Netzwerks der Frauenhäuser (span. Abkürzung: RNR) noch vom Programm des Gesundheitsministeriums ab. Aktivist\*innen und Frauennetzwerke organisierten sich jedoch, ihnen schlossen sich Senatorinnen, Abgeordnete, Medien und die Zivilgesellschaft an, um aufzuzeigen, dass die Beendigung der Ausschreibung Frauenrechte einschränkte, sie einem höheren Risiko aussetzte und vulnerabler machte. Im Ergebnis schaffte es das RNR, die Ausschreibung aufrechtzuerhalten um ihre Förderung zu erhalten. Ein Jahr später erreichte man die Schaffung des Unterstützungsprogramms für Schutzräume mit besonderer Ausrichtung auf Frauen als Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt, das zum Nationalen Institut für Soziale Entwicklung (span. Abkürzung: Indesol) gehörte. Damit war das Budget für die 76 Versorgungsräume für Opfer von Gewalt und deren Kindern gesichert. So erhielt das RNR seinen Haushalt 2020 praktisch aufrecht.“ (Osorio, Ana y Yáñez, María. 2024. Lo bueno: los avances legislativos del sexenio en pro de las mujeres. Dalia Empower. <https://daliaempower.com/blog/lo-bueno-los-avances-legislativos-del-sexenio-en-pro-de-las-mujeres/>). Diese Situation änderte sich laut Osorio und Yáñez ab 2022, da mit dem Verschwinden des Indesol die Mittel des RNR erneut bedroht waren. Folglich wurde das Unterstützungsprogramm für Frauenhäuser in die Nationale Kommission zur Prävention und Beendigung der Gewalt gegen Frauen (span. Abkürzung: Conavim) transferiert. Dies führte zu Verzögerungen von bis zu 11 Monaten bei der Budgetzuweisung für die Frauenhäuser.

15 IMCO Staff. 2023. Mujeres en las secretarías del Estado 2023. Centro de Investigación en Política Pública. <https://imco.org.mx/mujeres-en-las-secretarías-de-estado-2023/>

Ebenso wirkte sich die Priorisierung von Sozialprogrammen im Haushalt negativ auf das Nationale Sorge- und Pflegesystem aus. Außerdem wurden während der Regierungszeit Maßnahmen getroffen, die sich nachteilig auf die Care-Arbeit auswirkten. Eine davon war die Schließung der Tagesbetreuung für Kinder aufgrund von Korruptionsvorwürfen. Stattdessen führte die Regierung ein Direktzuschuss-Programm für arbeitende Mütter ein und erhielt so die Vorstellung aufrecht, dass Frauen die Verantwortung für die Care-Arbeit übernehmen müssen.

Allgemein wurde keine integrierte Strategie zur Umverteilung der Care-Arbeit zwischen Frauen, Männern, Unternehmen, Staat und Gemeinschaften entwickelt. Fortbestehende Lücken bei den Arbeitnehmer\*innenrechten, wie fehlende Elternzeit für Väter und die Einkommensungleichheit, verschlimmerten die Situation.

### Politiken zur Care-Arbeit in Bundesstaaten

Auf lokaler Ebene gab es Fortschritte, sowohl bei der Gesetzgebung als auch in der öffentlichen Politik.

- Monterrey hat beispielsweise ein Gemeindegorgesystem entwickelt;<sup>16</sup>
- auch in Oaxaca begann man mit der Erstellung einer Care-Arbeit-Agenda;<sup>17</sup>
- und das meistbeachtete Projekt wurde in Itzapalapa gegründet und heißt „Utopias“ („Utopien“).<sup>18</sup>

Das Beschriebene steht indes im Kontrast zu internationalen Entwicklungen. 2024 beteiligte sich Mexiko unter Führung des argentinischen Staates aktiv daran, ein Gutachten bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IAKMR) über die Anerkennung eines Rechts auf Sorge als grundlegendes Menschenrecht einzuholen. Diese Initiative, die auch im folgenden Abschnitt Erwähnung findet, beabsichtigt die Entwicklung interamerikanischer Standards bezüglich der Pflichten der Staaten rund um Sorgearbeit und fasst das Recht auf Sorge als Dreh- und Angelpunkt zur Gewährleistung von Gleichheit und Menschenwürde auf. Auf nationaler Ebene wurden jedoch nur wenig Fortschritte erzielt. Die ausstehenden Gesetzesreformen und die Umsetzung effektiver Politiken auf Bundesebene bleiben weiterhin drängende Aufgaben für zukünftige Regierungen.

## 1.6 Nachbemerkenngen

Das bisher Beschriebene belegt ein komplexes und konfliktives Panorama der Genderpolitik während der AMLO-Regierung in Mexiko. Einige zentrale Fortschritte bei der Gesetzgebung wurden erreicht, im Zusammenhang mit Abtreibung etwa, aber auch im Kontext von geschlechtsbezogener Gewalt. Ihre Implementierung ist jedoch uneinheitlich, sowohl in regionaler Hinsicht, als auch im Hinblick auf institutionelle Kapazitäten zur Durchsetzung der Reformen.

Wie die soziale und politische Geschichte der Feminismen zeigt, können Veränderungen schrittweise oder im Zickzack verlaufen. Das zuvor Beschriebene zeigt Hürden, die aus der Politik selbst herrühren und durch das Verhältnis zwischen Regierung und Feminismen definiert werden. Tatsächlich erwähnt die Regierung selbst, im Fünfjahresbericht über Geschlechtergleichheit der Regierung Mexikos an die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL), die Notwendigkeit einer Reformulierung, Annäherung, oder jedenfalls einer Transformation der Beziehungen zur Zivilgesellschaft. Benannt werden auch Spannungen mit Organisationen der Zivilgesellschaft, im Zusammenhang mit deren Autonomie, Kritik von ihrer Seite an der Regierungsführung und unbefriedigten Forderungen nach Partizipation. In der Tat sind die angespannten Beziehungen zwischen Feminismen und Regierung sowohl ein Symptom als auch eine Ursache für die Grenzen einiger der durchgeführten Politiken, Programme und Transformationen. Die Notwendigkeit an mehr Dialogräumen und die Begegnung mit verschiedenen Feminismen wurde in den durchgeführten Interviews wiederholt betont.

Die Kritik aus feministischen Kreisen an AMLO, einer „Klassenpolitik“ gegenüber der Genderagenda Vorrang gegeben zu haben, ist ein Aspekt, der weitere Erläuterung verdient. Marxistische und intersektionale Feminismen haben darauf hingewiesen, dass eine Trennung zwischen Umverteilungs- und Geschlechterpolitiken sinnlos sei. Ungleichheitskategorien wie Klasse, Gender, *race* und andere konstituieren einander gegenseitig. Die Auswirkung der Umverteilungspolitiken auf die Geschlechterordnungen ist indes nicht eindeutig. Wie am Anfang dieses Textes erwähnt, hatten die Politiken der Ressourcenumverteilung von Regierungen der „rosaroten Welle“ nicht die erhofften Folgen für Frauen. Ein Grund war, dass die Regierungen die Besonderheiten der Geschlechterordnung und die geschlechtliche Arbeitsteilung nicht berücksichtigten. In jeden Fall zeigt die Analyse aus Mexiko, dass das Thema weiterhin ein umkämpftes Feld bleibt, nicht nur für die politische Linke sondern auch für die Feminismen.

Der Wahlsieg von Claudia Sheinbaum könnte einen Schulterschluss zwischen institutionellen und nicht-institutionellen Feminismen ermöglichen. Sheinbaum kommt nicht aus den feministischen Bewegungen und hatte in verschiedenen Momenten ihrer politischen Karriere Spannungen mit den Feminismen. Trotzdem zeigte sie, dass sie der Agenda der Organisationen in grundlegenden Punkten nahesteht. Bei ihrem Sieg äußerte die neue Präsidentin „ich komme nicht allein, wir Frauen kommen alle“, womit sie ihren Aufstieg zur Präsidentin einer kollektiven Errungenschaft der Frauen zuschrieb. Als Antwort darauf war auf dem im November 2024 durchgeführten Marsch in Mexiko-Stadt zu hören: „Wir kommen nicht alle, Frau Präsidentin“. Die Organisationen lenkten so die Aufmerksamkeit auf die vielen Feminizide. Der Dialog scheint erneut eröffnet.

16 Ayuntamiento de Monterrey, 2023. Cero tolerancia a la violencia contra las mujeres, niñas y adolescentes. Gobierno de Monterrey. [https://www.monterrey.gob.mx/pdf/dictamenes\\_cabildo/2024/Dictamen\\_Mediante\\_el\\_cual\\_se\\_expide\\_el\\_Reglamento\\_del\\_Sistema\\_Municipal\\_de\\_Cuidados\\_de\\_Monterrey.pdf](https://www.monterrey.gob.mx/pdf/dictamenes_cabildo/2024/Dictamen_Mediante_el_cual_se_expide_el_Reglamento_del_Sistema_Municipal_de_Cuidados_de_Monterrey.pdf)

17 Construye Oaxaca una agenda de cuidados con perspectiva de género. Oaxaca. mx. <https://agenciaoaxacamx.com/construye-oaxaca-una-agenda-de-cuidados-con-perspectiva-de-genero/>

18 Utopías, 2023. Acerca de las Utopías Itzapalapa. Utopías. <https://utopias.mx/acerca-de-las-utopias-itzapalapa-cdmx.php>



Alberto Fernández und Cristina Fernández de Kirchner - Der organisierte Feminismus hatte hohe Erwartungen an das Präsidentschaftsduo. Quelle: Casa Rosada (CC BY 2.5 AR)

## 2. Argentinien: von Alberto Fernández bis Javier Milei

Im Unterschied zu AMLO in Mexiko, erlangte Alberto Fernández die argentinische Präsidentschaft mit breiter feministischer Unterstützung und mit einem programmatischen Schwerpunkt auf geschlechtsspezifische Ungleichheiten. Fernández wurde von Cristina Fernández de Kirchner begleitet, ehemalige Präsidentin zwischen 2007 und 2015. Fernández und Fernández de Kirchner sind Teil der peronistischen Frente de Todos (Front für Alle) und regierten von 2019 bis 2023.

Cristina Fernández de Kirchner grenzte sich schon in verschiedenen Momenten ihrer politischen Karriere von den Feminismen ab – „ich bin keine Feministin“, wiederholte sie bei verschiedenen Gelegenheiten – sprach aber von Geschlechterungleichheiten und den größeren Anstrengungen, denen sich Frauen im Politikbereich und bei der Reproduktion des Lebens stellen müssen. Von einem Teil der Feminismen wurde sie hart kritisiert. Von anderen, die die Fortschritte in der Genderagenda während ihrer Amtszeit als Präsidentin anerkannten, wurde sie unterstützt. Ihre Führungsrolle, nicht nur die von Alberto Fernández, muss man als wichtige Variable im Zeitraum mitdenken.

Das Verhältnis der Regierung von Fernández und Fernández de Kirchner zu den Feminismen und sexuellen Diversitäten war in erster Linie und vor allem in der ersten Hälfte der Regierungszeit geprägt durch eine „kritische Begleitung“ (Elizabeth Gómez Alcorta, Interview 2024). Obwohl es durchaus Kritik bezüglich der spezifischen Themen gab, erzielte die Regierungslinie der Genderpolitik, laut Gómez Alcorta, einen gewissen Konsens.

Die Erwartungen der organisierten Feminismen der neuen Regierung gegenüber waren hoch. Nach drei Jahren massiver Mobilisierungen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und für Legalisierung von Abtreibung hatten sich die feminis-

tischen Gruppen als zentrale politische und soziale Kraft etabliert. Die Mobilisierung folgte einem breiten Ansatz und berücksichtigte Ausschlussprozesse auf wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene. Die argentinischen Feminismen waren zu dieser Zeit ein Referenzpunkt und zentraler politischer Knotenpunkt für kollektive Interventionen im Land, der Region und der Welt.

In den durchgeführten Interviews wurde Fernández charakterisiert als „Präsident mit Sensibilität im Bezug auf Themen rund um Gender“ und mit einer „sehr bemerkenswerten Nähe“ zur Kritik an Genderungleichheiten (Dora Barrancos, Interview, 2024). Andere Interviewte machten auf das Interesse des Präsidenten an der Berücksichtigung dieser Ungleichheiten aufmerksam und auf die symbolische Bedeutung, die beispielsweise seine Fortbildung zu Gender sowie die seiner Kabinettsmitglieder hatte. Sie war Bestandteil der Implementierung des „Micaela-Gesetzes“.<sup>19</sup>

Drei zentrale Themen charakterisieren die Genderpolitik dieser Zeitspanne: geschlechtsspezifische Gewalt, Abtreibung und Care-Arbeit.

### 2.1 Alberto Fernández im Wahlkampf

Während des Wahlkampfes präsentierte Alberto Fernández sich als Verbündeter der feministischen Bewegungen und zeigte seine Unterstützung für eine Politik der Gleichheit, der Förderung reproduktiver Rechte und dem Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

In der ersten Präsidentschaftsdebatte, am 13. Oktober 2019, kündigte Fernández an: „Wir werden ein Ministerium für Frauen, Gleichstellung und Diversität gründen, damit wir Argentinien ein für alle Mal ins 21. Jahrhundert eintreten“.<sup>20</sup> Das Wahlversprechen wurde sehr schnell eingelöst. Am 10. Dezember 2019 wurde das Dekret Nummer 7 erlassen, mit welchem das Ministerium für Frauen, Geschlechter und Diversität (span. Abkürzung: MMGyD) geschaffen wurde.

19 Das Micaela-Gesetz wurde im Januar 2019 unterzeichnet und die Implementierung erfolgte während der Regierungszeit von Alberto Fernández. Es regelt die verpflichtende Fortbildung in Sachen Geschlecht und geschlechtsbezogener Gewalt für alle Personen, die ein öffentliches Amt in der nationalen Exekutive, Legislative oder Judikative bekleiden.

20 Video zur Debatte: <https://www.youtube.com/watch?v=ZPR8ih2LmCw>

Die Schaffung des Ministeriums sei:

*„...eine Antwort auf das geleistete Engagement hinsichtlich der Rechte von Frauen und sexuellen Diversitäten, gegen jede Form von Diskriminierung und Gewalt. Es dient der Absicht, eine gerechtere und gleichere Gesellschaft zu schaffen, welche die vollständige Autonomie aller Personen fördert, ohne zwischen den diversen sexuellen Orientierungen, Identitäten und geschlechtlichen Ausdrucksformen zu hierarchisieren. Dies sind die vorrangigen Ziele der Regierung.“<sup>21</sup>*

Die Schaffung des Ministeriums stellte einen Meilenstein in der politischen Geschichte des Landes dar, da der Genderagenda staatliche Priorität eingeräumt wurde. Ein wichtiger Teil der sozialen Forderungen wurde in nachhaltige öffentliche Politiken übersetzt. Elizabeth Gómez Alcorta, Ministerin dieses Ressorts von 2019 bis 2021, äußerte im Interview: „In der Geschichte Argentiniens war diese die Regierung, die den Genderpolitiken größere institutionelle Bedeutsamkeit gegeben und auf die Ebene eines Ministeriums gehoben hat.“ (Elizabeth Gómez Alcorta, Interview, 2024).

Die Schaffung des Ministeriums ermöglichte die Entwicklung nationaler Pläne mit klaren Zielen, Mittelzuweisungen und öffentlichen Politiken mit großer Reichweite. Zudem ermöglichte das Ministerium die Einbeziehung von Gender- und Diversity-Perspektiven in unterschiedliche Regierungsbereiche wie Gesundheit, Bildung und Justiz. Weiterhin gab es der nationalen und internationalen Agenda von Frauen und sexuellen Diversitäten Legitimität; es beeinflusste auch Debatten auf regionaler Ebene; es sorgte für die Einrichtung von Mechanismen zur Überwachung und Bewertung der Gleichstellungspolitik und verbesserte die Rechenschaftspflicht gegenüber der Zivilgesellschaft; es ermöglichte die Schaffung von Netzwerken und Austauschräumen innerhalb der Zivilgesellschaft und mit den Institutionen; und es sicherte, trotz der Beschränkungen, den Haushalt für diese öffentlichen Politiken.

Dadurch rückte Argentinien die Bedeutung der Institutionalisierung einer Gender-Perspektive in den Vordergrund und bewies, welche Möglichkeiten dadurch eröffnet werden, dass der Staat anerkennt, durchlässig für feministische Politik zu sein.

*„Es gab eine riesige Erwartung der feministischen Bewegung an die Institutionalisierung von Genderpolitiken, die stark darauf basiert, dass dieses Ministerium durch die feministische Bewegung auf der Straße erkämpft wurde. Das eröffnet eine interessante politische Analyse, weil es absolut außergewöhnlich ist, Institutionalisierung vom Staat zu fordern.“ (Elizabeth Gómez Alcorta, Interview, 2024)*

Diese Legitimität war die Grundlage für die kritische Begleitung der Institution durch Feminismen und Frauenorganisationen, wobei das Ministerium Regierungsinstanz und zugleich ein kollektives Projekt im Aufbau war.

Der andere Kernpunkt war Gender--Mainstreamings. Mit ihm wollte man die Genderperspektive bei allen öffentlichen Politiken und Regierungsstrukturen einbeziehen. Gómez Alcorta zufolge wurden unterschiedliche Modelle analysiert, die in verschiedenen Ländern eingeführt worden waren, um dieses Ziel zu erreichen. Letztlich wurde beschlossen, das Nationale Kabinett für Gender-Mainstreaming in der Politik zu gründen. Dieses sollte nicht vom MMGYD abhängen, sondern von einer Kabinettsleitung. Und das „klappte ziemlich gut“, so Gómez Alcorta (Elizabeth Gómez Alcorta, Interview, 2024).

Als Teil des Gender-Mainstreaming wurden nationale Pläne und umfassende Programme<sup>22</sup> geschaffen, die koordinierte Aktionen verschiedener Ministerien einschlossen; man beantragte den Haushalt mit Genderperspektive, man erließ das bereits erwähnte Micaela-Gesetz. Institutionelle Widerstände aus Bereichen, die der Politik der Geschlechtergleichstellung nicht nahe standen oder direkt konservativ waren, stellten Herausforderungen für solche Initiativen dar. Auch bestanden haushaltstechnische Begrenzungen, die aus feministischen Kreisen kritisiert wurden. Zudem gab es Schwierigkeiten bei der Koordination zwischen den Ministerien, trotz der Schaffung einer Vielzahl von Ordnungsrahmen sowie Kanäle für die Koordination von Arbeits- und Entscheidungsabläufen.

Trotz allem ist die Institutionalisierung einer der bemerkenswertesten Schritte für den Fall Argentinien, die jedoch nach Beendigung der Regierungszeit von Fernández und dem Antritt von Javier Milei einer schnellen Zersetzung entgegenschau. Milei entmachtete, unter anderen Ministerien, das MMGYD. Das zeigt, dass der Aufbau von Institutionen, angesichts der Schwankungen der politischen Macht, zugleich unabdingbar und fragil ist.

## 2.2 Gesetz Nr. 27.610: ein Meilenstein für Argentinien und Lateinamerika

Seit der Wiederherstellung der Demokratie 1983, begannen feministische Bewegungen sich zu organisieren, um die Notwendigkeit einer Entkriminalisierung von Abtreibung sichtbar zu machen. Während der 1990er und 2000er wurden die Kampagnen für ein Recht auf Abtreibung durch die Unterstützung internationaler Organisationen und lokaler aktivistischer Netzwerke gestärkt. Feminismen und Menschenrechtsorganisationen spielten dabei eine tragende Rolle. 2018 wurde der Gesetzesentwurf zum freiwilligen Schwangerschaftsabbruch (span. Abkürzung: IVE) zum ersten Mal im Kongress diskutiert.

Damals wurde er von der Abgeordnetenversammlung angenommen, vom Senat jedoch abgelehnt. Die starke soziale und politische Polarisierung der Abtreibungsagenda zog sich nicht nur durch die Gesellschaft, sondern auch durch den institutionellen Apparat. Nach 2015 fand eine verstärkte Politisierung der Feminismen (auf den Straßen) statt. Sie weiteten ihre Agenda aus. Mit dem Wahlversprechen von Alberto Fernández, das Gesetz zu unterzeichnen, entstand ein günstiger politischer Kontext. Die Corona-Pandemie ab 2020 brachte Herausforderungen und Verzögerungen im Prozess mit sich. Nichtsdestotrotz wurde der Gesetzesentwurf der Abgeordnetenversammlung im November 2020 vorgelegt und ein breites öffentliches Publikum aus Expert\*innen, Aktivist\*innen und Referent\*innen für beide Seiten der Debatte einbezogen. Im Dezember 2020 wurde das Gesetz Nr. 27.610 über den Zugang zum Freiwilligen Schwangerschaftsabbruch (IVE) durch die Abgeordnetenversammlung und den Senat angenommen. Dies war für Argentinien und die Region ein historischer Meilenstein.

Teil der von Alberto Fernández selbst geführten Verhandlungen mit der Katholischen Kirche, Gegnerin des IVE-Gesetzes, war auch die Genehmigung des sogenannten 1000-Tage-Gesetzes.<sup>23</sup> Ziel dieser Norm war „die ganzheitliche Betreuung des Lebens und der Gesundheit von Schwangeren und Kindern in den ersten drei Jahren zu schützen, zu stärken und zu begleiten.“<sup>24</sup> Das 1000-Tage-Gesetz fungierte, auch wenn es wegen

21 Presidente de la Nación Argentina. 2019. Decreto 7/2019. DECFO-2019-7-APN-SLYT - Modificación. <https://www.boletinoficial.gob.ar/detalleAviso/primer/223623/20191211>

22 Wie der Nationale Aktionsplan gegen Gewalt aufgrund des Geschlechts und der Nationale Plan für Gleichheit in Vielfalt 2021-2023.

23 Gesetz 27.611 für „Umfassende Gesundheitsfürsorge während der Schwangerschaft und im frühen Kindesalter“.

24 Gobierno Argentino. 2019. ¿Qué es la ley de 1000 días?. Argentina. gov.ar. <https://www.argentina.gob.ar/salud/1000dias/que-es-la-ley-de-1000-dias>



"Wir haben es geschafft – Es ist Gesetz!" – Am 30. Dezember 2020 wurde das Gesetz zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Argentinien erlassen.  
Quelle: © Kaloian Santos Cabrera

seines Inhalts eine eigene Legitimität hat, als eine Art Kompensation für die Verabschiedung des IVE-Gesetzes.

Da Argentinien ein föderales System hat, stellte die Gewährleistung des Zugangs zum IVE eine Herausforderung dar. Obgleich es als Gesetz der öffentlichen Ordnung verpflichtend im gesamten nationalen Gebiet anzuwenden ist, erlegte die dezentrale Verwaltung des Gesundheitssystems ihm mehrere Beschränkungen auf. Provinzen besitzen Autonomie bei der Verwaltung ihrer Gesundheitssysteme und die Umsetzung stieß auf institutionelle Widerstände. Eine Strategie auf lokaler Ebene war die Verweigerung der Abtreibung von Seiten des medizinischen Personals aus Gewissensgründen.

Die Implementierung des Gesetzes beinhaltete auch die Schaffung spezifischer Protokolle zur Überwindung von strukturellen Hürden im Gesundheitssystem. Frauenorganisationen und Feminist\*innen kritisierten fehlende Mittel in öffentlichen Krankenhäusern, Unterversorgung in einigen Regionen und wiesen auf den Bedarf einer verstärkten Weiterbildung des medizinischen Personals hin. Aktivist\*innen forderten auch die Verhängung klarer Sanktionen bei Nichteinhaltung des Gesetzes. Hürden in der Verwaltung, ideologische Widerstände innerhalb des medizinischen Personals und fehlende adäquate Infrastruktur beeinträchtigten die einheitliche Anwendung des Gesetzes in allen Regionen.<sup>25</sup>

Der Zugang zu Abtreibung wurde durch die Regierung neu organisiert. Das ermöglichte den Geltungsbereich auszuweiten und die zuvor fragmentierten Rechte zu konsolidieren. Die nationale Produktion pharmakologischer Einsatzstoffe für den IVE war zentral für die Aufrechterhaltung der Versorgung im ganzen Land. Die Berichte des MMGyD zwischen 2021 und 2023 beziehen sich auf den eingeschlagenen institutionellen Weg. Sie erwähnen die Ausarbeitung von Materialien zur Verbreitung in Indigenen Sprachen über im Gesetz garantierte Rechte; den Druck von Materialien zur Verteilung bei unterschiedlichen Aktivitäten im ganzen Land; Begleitung, als Teil des Interinstitutionellen Präsidiums zur Überwachung der Implementierung des

Gesetzes sowie Tätigkeiten zur Erfüllung der Normbestimmung; die Begleitung bei Fällen von Kriminalisierung von Gesundheitsfachkräften, Begleitung bei Gerichtsverfahren aufgrund eines verhinderten Zugangs zum Recht, die Durchführung von Treffen mit Vertreter\*innen aus den Bereichen Geschlecht und Diversität in verschiedenen Provinzen.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes über den Zugang zum IVE gab es Anfechtungsversuche und Vorschläge zu seiner Abschaffung. Im April 2024 beispielsweise, wies der Oberste Gerichtshof zwei Verfassungsbeschwerden ab, die diese Norm als verfassungswidrig ansahen. Der Gerichtshof befand, dass es keinen Grund gebe, die sein Eingreifen rechtfertige. Im Februar desselben Jahres stellten Parlamentarier\*innen der Partei von Javier Milei La Libertad Avanza (Die Freiheit schreitet voran) ein Projekt zur Abschaffung des Gesetzes vor.

## 2.3 Geschlechtsspezifische Gewalt

Wie zuvor erwähnt, stand der Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt seit 2015 zunehmend im Zentrum der öffentlichen feministischen Agenda. Dieses war kein spezifisches Wahlversprechen von Alberto Fernández, sondern eher ein in den Frauenbewegungen und feministischen Bewegungen gesetzter Inhalt, den der Präsident im Rahmen seines Programms berücksichtigte. In dieser Zeit wurde der Fokus auf eine Politik gegen Formen geschlechtsbezogener Gewalt zu einem Kernthema der Regierung. Der Nationale Aktionsplan gegen Formen von Gewalt aufgrund des Geschlechts (2020-2022) geht darauf ein und formuliert folgende Ziele:

*„Ein umfassender Plan, der darauf abzielt, partizipativ, föderal, behördenübergreifend und intersektional ein strukturelles Problem anzugehen und das Engagement aller Geschlechter braucht, um eine gerechtere, gleichberechtigttere Gesellschaft aufzubauen ohne geschlechtsbezogene Gewalt gegen Frauen und LGBTI+. Zu seiner Ausarbeitung leiten wir einen partizipativen und föderalen Prozess in verschiedenen Instanzen ein: durch Foren auf Provinzebene, die virtuell und in Präsenz stattfinden, unter Teilnahme der Zivilgesellschaft, von*

25. Die Studie von Binstock et.al (2024) identifizierte Herausforderungen und Hindernisse im Zusammenhang mit der Unkenntnis von Frauen über in dem Gesetz festgeschriebene Rechte, den Bedarf an Weiterbildungen für medizinisches und nicht-medizinisches Personal bei besonderen Themen, das Fehlen von Informationen über den Einsatz von empfohlenen, nicht-pharmakologischen Techniken, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals in den öffentlichen Einrichtungen im Allgemeinen, fehlendes Gesundheitspersonal und fehlende Ausstattung, Unkenntnis des rechtlichen Rahmens zur im Gesetz garantierten Verweigerung aus Gewissensgründen und Verbreitung statistischer Informationen über Fälle von IVE, gesammelt durch Nationalstaat und Provinzen. (Binstock, Georgina et al. 2024. "Implementación de la ley de aborto: dos años de experiencias en Argentina". Ciudad Autónoma de Buenos Aires. CENEP; abril 2024)

sozialen, politischen, Gemeinde- und Gewerkschaftsorganisationen, unter anderem (...). Dieser neue Plan schließt, im Gegensatz zu den vorherigen, die im Gesetz über Geschlechteridentität festgeschriebenen Rechte ein und schlägt einen Paradigmenwechsel im Bezug auf den Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt vor. (...) So gehen wir von einer individuellen zu einer ganzheitlichen und intersektionalen Herangehensweise über. Das bedeutet, dass wir öffentliche Politiken anstoßen, die den Aufbau der materiellen Bedingungen ermöglichen, unter denen die am stärksten von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffenen Personen und Gruppen einen selbstständigen Lebensentwurf entwickeln können. Der Zugang zu Wohnraum, Ausbildung und Arbeit ist Teil davon.<sup>26</sup>

In den entworfenen Maßnahmen werden verschiedene wichtige Aspekte angesprochen: die Veränderung der strukturellen Bedingungen, die Personen in geschlechtsbezogenen Gewaltsituationen betreffen; dass die Politik tatsächlich in den Provinzen präsent sein soll; Prävention gestützt auf ein Frühwarnsystem; die Transformation von sozialen und kulturellen Mustern; Maßnahmen, die auf einen Schutz vor dem Aggressor ausgerichtet sind; Förderung von Maßnahmen, um den Zugang zu Wohnraum (Wohneinrichtungen zur psychischen Stabilisierung) zu garantieren, die Betroffenen einen eigenständigen Lebensentwurf frei von Gewalt ermöglichen; Zugang zur Justiz; die Anerkennung der politischen Handlungsmacht, des Lebenswegs und den Netzwerken von Menschen, die Gewalt erfahren haben.

Ebenso wurden politische Maßnahmen gegen Formen von Gewalt nach dem selben Prinzip des Gender-Mainstreamings aufgestellt. Der 2024 veröffentlichte Fünfjahresbericht der Regierung Argentiniens an die CEPAL informiert darüber, dass die politischen Maßnahmen 20 Ministerien und 5 dezentrale nationale Einrichtungen einschlossen. Die wichtigsten Politiken sind folgende:

- Nationale Aktionspläne gegen Formen von Gewalt aufgrund des Geschlechts (2020-2022 und 2022-2024), die Säulen wie umfassende Betreuung, Prävention, Schutz, Zugang zu Justiz und Informationsverbreitung enthalten.
- Einrichtung eines Hilfef Telefons zur telefonischen Betreuung von Personen bei akuter geschlechtsspezifischer Gewalt.
- Das Programm „Begleiten“, zur wirtschaftlichen und psychosozialen Unterstützung für Personen in Gewaltsituationen mit Geschlechtsbezug.
- Das Programm „Rechte Näherbringen“, das den Zugang zu Rechten und dem Justizsystem durch interdisziplinäre Teams im ganzen Land stärkt.

In den durchgeführten Interviews wurde „Begleiten“ als eines der Vorzeigeprogramme hervorgehoben. Es zeigt die Notwendigkeit einer Politisierung und Institutionalisierung von Lösungen auf, die der Verzahnung von wirtschaftlicher Abhängigkeit und Reproduktion von Gewaltformen Rechnung tragen. „Begleiten“ richtet sich an Frauen und LGBTI+ in geschlechtsbezogenen Gewaltsituationen im ganzen Land und erklärtes Ziel des Programms ist es, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken. Es umfasst einerseits finanzielle Unterstützung für

sechs Monate und andererseits Zugang zu Systemen für psychosoziale Stärkung, die mit Provinz- und lokalen Regierungen abgestimmt wird. „Begleiten“ ist mit anderen Sozialprogrammen kompatibel und wurde in 24 Zuständigkeitsbereichen des Landes eingeführt.

Die Feminismen betonten den innovativen Charakter des Nationalen Aktionsplans gegen geschlechtsspezifische Gewalt (2020-2022) und erkannten seinen umfassenden Ansatz sowie seine Präsenz in den Provinzen an. Nichtsdestotrotz muss eine Analyse zu seiner Umsetzung die Herausforderungen einbeziehen, die mit dem fehlenden Haushalt zusammenhängen: regionale Ungleichheiten, die seine Implementierung in ländlichen Gebieten erschweren; fehlende Daten, was die Kontrolle der tatsächlichen Auswirkungen der Maßnahmen erschwert; institutionelle Widerstände aus staatlichen und sozialen Bereichen; begrenzte Reichweite bei LGBTIQ+-Personen; Verzögerungen bei der Justiz und Schwierigkeiten, im Justizsystem tatsächlich Gehör zu finden und schließlich die niedrige überprüfte Inzidenz, was die Verringerung von Feminiziden angeht.

## 2.4 Gleichstellung bei der Care-Arbeit: „der Dornröschenschlaf“

In Argentinien gehörte 2019-2023 Care-Arbeit zu den Diskussionen mit oberster Priorität und das MMGyD widmete ihr wichtige institutionelle Bemühungen. Die Schaffung einer institutionellen Sorgearbeit- und Pflegestruktur war ein natürlicher Schritt im Zuge der Programmearbeit und der Gestaltung von Maßnahmen vonseiten dieser Institution. Dazu zählte die Schaffung der Nationalen Behörde für Sorge- und Pflegepolitiken, mit dem Auftrag, „öffentliche Maßnahmen auszuarbeiten und diese umzusetzen, um eine gerechtere soziale Organisation zu fördern, die die Feminisierung und Prekarisierung dieser Aufgaben nicht reproduziert“.<sup>27</sup>

Als weitere institutionelle Struktur wurde das Interministerielle Präsidium der Sorge- und Pflegepolitiken geschaffen, das vom Mechanismus zur Frauenförderung leitend koordiniert und von verschiedenen Einrichtungen und nationalen Ministerien getragen wurde. Die Aufgabe des Präsidiums bestand darin, „aus einer Perspektive der sozialen Verantwortung heraus eine umfassende, föderale und sektorübergreifende Politik zu planen, mit Schwerpunkt auf den Rechten, der Gleichstellung der Geschlechter und der Diversität. Zudem sollte es die Vorschläge, Umsetzung, Monitoring und Evaluierung der festgelegten Maßnahmen koordinieren.“<sup>28</sup>

Der allgemeine Ansatz war die soziale und geschlechtsspezifische Mitverantwortung bei der Sorgearbeit und Pflege. Eine weitere Grundlage war die Anerkennung des Rechts von Personen, Sorgearbeit zu leisten, versorgt zu werden und Selbstfürsorge zu betreiben. Das „Recht auf Sorge“ wurde schon lange innerhalb der argentinischen Feminismen debattiert, mit regionaler und globaler Reichweite. Laura Pautassi, eine der bekanntesten Feminist\*innen, die Theorien zum internationalen Verständnis des „Rechts auf Sorge“ gebildet und diese mitbeeinflusst hat (und für die vorliegende Studie interviewt wurde), war Teil des Prozesses. Zu den durchgeführten regulatorischen und politischen Maßnahmen gehören: die Regelung des Arti-

26 Argentina Unida y Ministerio de las Mujeres, Géneros y Diversidades. 2020. Plan Nacional de Acción contra las violencias por motivos de género (2020-2022). Ciudad Autónoma de Buenos Aires. Argentina. [https://www.argentina.gob.ar/sites/default/files/plan\\_nacional\\_de\\_accion\\_2020\\_2022.pdf](https://www.argentina.gob.ar/sites/default/files/plan_nacional_de_accion_2020_2022.pdf)

27 Ministerio de las Mujeres, Géneros y Diversidad, Subsecretaría de Igualdad y Subsecretaría de Formación. 2023. Cuidar en Igualdad, necesidad, derecho, trabajo. <https://www.argentina.gob.ar/sites/default/files/campananacionalcuidarenigualdad.pdf>

28 Subsecretaría de Protección Contra la Violencia de Género. 2024. Examen exhaustivo a nivel nacional de la República Argentina sobre la implementación de la Declaración y Plataforma de Acción de Beijing. Cepal. [https://www.cepal.org/sites/default/files/static/files/argentina\\_-\\_informe\\_nacional\\_1.pdf](https://www.cepal.org/sites/default/files/static/files/argentina_-_informe_nacional_1.pdf)



Freiheit für wen? Der ultrarechte und libertäre Präsident Javier Milei bekämpft die Errungenschaften der Gender- und Gleichstellungspolitik. Quelle: © Kaloian Santos Cabrera

kels 179 des Arbeitsvertragsgesetzes,<sup>29</sup> die Schaffung des „Programm zur Sorge- und Pflegeinfrastruktur“,<sup>30</sup> das interministerielle Programm „Registriert“ zur Schaffung formeller Arbeit.<sup>31</sup> Für drei weitere Prozesse ist eine nähere Betrachtung nützlich, um die Reichweite und Richtung der Politik in diesem Feld aufzuzeigen:

**1.** Schaffung der nationalen Kampagne „Gleichstellung bei der Sorgearbeit“: ihr Ziel war es, die gemeinsame Verantwortung für Sorgearbeit und Pflege zu betonen, lokale Bedarfe zu identifizieren und den Aufbau von Unterstützungsnetzwerken zu begleiten. Zu ihren relevantesten Maßnahmen gehörte die Umsetzung der Parlamente in 15 Provinzen, intersektionale Treffen und Dialogrunden, um Forderungen zu strukturieren und Vorschläge für öffentliche Politiken zu formulieren. Ziel war es, bereits vorhandenes Wissen und Praktiken rund um Care-Arbeit zu erschließen. Ziel war es ebenfalls, Bedarfe und Prioritäten zu ermitteln, und diese in die Formulierung öffentlicher Maßnahmen zu überführen, und so eine kollektive Mitverantwortung für das Recht auf Care-Arbeit einerseits und das Recht, Sorgearbeit zu empfangen andererseits, zu fördern. Die Form, in der die Parlamente entwickelt wurden, ist der Schlüssel zum Verständnis des oben erwähnten politischen Verfahrens, das auf vorrangige Partizipation der organisierten Zivilgesellschaft auf der einen Seite, und der Arbeit auf Regionalebene in allen Prozessphasen auf der anderen Seite setzt.

**2.** Der zweite wichtige Prozess ist die „Bundeskarte der Sorgearbeit“, eine interaktive Plattform zur Lokalisierung von Care-Dienstleistungen und Zentren für Berufsbildung. Das Tool bündelte Informationen über 44.228 Räume für Sorgearbeit- und Pflegedienstleistungen und mehr als 1000 Ausbildungsplätze. Im Jahr 2023 wurden neue Funktionen der Karte vorgestellt und seit November dieses Jahres kann man Sorgearbeit- und Pflegedienstleistungen am jeweils benötigten Ort buchen. Die Karte gilt als Best Practice, da sie außerdem die Zusammenführung der Informationen mit Schätzungen zur Nachfrage nach Sorgearbeit und Pflege vereinfacht. Dies ermöglicht

eine Identifikation kritischer Bereiche und deren geografischer Lage. Dadurch liefert es der Nationalregierung und den lokalen Behörden ein grundlegendes Werkzeug zur Erarbeitung, Überwachung und Evaluation von öffentlichen Maßnahmen in Bezug auf Care, empirisch verankert und verortet in den Regionen.

**3.** Als Letztes war die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs „Gleichstellung bei der Sorgearbeit“ zentral. Der Entwurf folgte dem Ziel, ein „Ganzheitliches System der Sorge- und Pflegepolitiken“ (span. Abkürzung: SINCA) zu schaffen und das Elternzeitsystem mit einer Genderperspektive zu erweitern und zu reformieren. Zur Ausarbeitung trieb das MMGyD einen partizipativen, föderalen und pluralen Prozess mit einer Vielzahl von Akteuren voran, um alle Stimmen und mögliche Sichtweisen von Einrichtungen, Organisationen und Spezialist\*innen für das Themengebiet einzubeziehen.

Vom Ministerium aus wurde eine Kommission mit Expert\*innen für die Ausarbeitung einberufen. Sie arbeiteten fast ein Jahr ehrenamtlich, um den Prozess im Dialog zu gestalten. Diese band die Provinzen, bundesstaatliche Parlamente und Care-Arbeit-Akteure (einschließlich Unternehmen, Gewerkschaften, soziale und Gemeindeorganisationen) ein. Der durch diese Kommission ausgearbeitete Entwurf wurde dann um die Komponente der Elternzeit ergänzt, die im MMGyD erarbeitet worden war. Dann wurde er der Regierung übergeben und der Präsident legte ihn im Mai 2022 dem Nationalkongress vor.

*„Und dort sank er in einen Dornröschenschlaf. Leider wurde er nicht behandelt. Es wurde nicht einmal vom regierungsnahen Block besprochen. Hier gab es eine sehr große Distanz zu den weiblichen Abgeordneten, die hätten das anschieben können (...). Aber sie haben das Projekt verschoben.“ (Laura Pautassi, Interview, 2024)*

Diese nationalen Entwicklungen stehen im Gegensatz zur internationalen Sorge- und Pflegepolitik der Regierung Argentiniens zu jener Zeit. Ein wichtiges Ereignis war die Anwesenheit der damaligen Ministerin des MMGyD bei der „Frauen-

29 Das Dekret 144/202241 verfügte, dass Einrichtungen mit mehr als 100 Angestellten Betreuungseinrichtungen für Kinder im Alter von 45 Tagen bis einschließlich 3 Jahren anbieten sollten, auf Kosten der Angestellten während der Arbeitstage.

30 Aufgabe des Programms war die Zuweisung von mindestens 8,5 Prozent des jährlichen Haushaltes für Infrastruktur, die auf Kinder, Gesundheit, Gender, Jugend, ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen ausgerichtet ist; und es definierte seine Verortung anhand multidimensionaler Indizes, welche den vulnerabelsten Regionen des Landes Vorrang geben.

31 Es war für die soziale und finanzielle Inklusion von Arbeitnehmerinnen in Privathaushalten bestimmt, mit dem Ziel, den Zugang zu formeller Arbeit zu fördern, das Fortdauern im Job zu sichern und ihre finanzielle Inklusion und Zugang zum Bankwesen zu gewährleisten. Dabei übernahm der Staat über 6 Monate hinweg bis zu 50% des Gehaltes der Arbeitnehmerin.



konferenz aus Lateinamerika und der Karibik“, die im Jahr 2020 in Santiago de Chile stattfand. Die Ministerin bot dort an, die nächste Konferenz in Buenos Aires stattfinden zu lassen, was auch tatsächlich geschah.<sup>32</sup>

2023 stellte die Regierung von Argentinien vor dem IAGMR einen Antrag für ein Gutachten über „den Inhalt und die Reichweite des Rechts auf Sorge und seine wechselseitige Beziehung mit anderen Rechten“. Im März 2024 forderten verschiedene Akteure vor der gleichen Instanz eine Anerkennung des Rechts auf Sorgearbeit als fundamentales Menschenrecht, indem die enge Verbindung mit anderen Rechten unterstrichen wurde, wie dem Recht auf Leben, Gesundheit, Bildung und reproduktive Autonomie. Neben Argentinien waren auch Kolumbien und Mexiko, UN-Frauen und verschiedene Organisationen aus Lateinamerika und der Karibik an diesem Vorstoß beteiligt. Kolumbien nahm, durch die Intervention der Vizepräsidentin Francisca Márquez, eine Schlüsselrolle ein, wie später gezeigt werden wird.

Das folgende Verfahren vor dem IAGMR auf Initiative des argentinischen Staates war in zweierlei Hinsicht für Debatten im internationalen Raum bedeutsam: Es stellte einerseits einen wichtigen Schritt zur Positionierung der Care-Arbeit-Agenda aus einer feministischer Perspektive dar und bedeutete andererseits einen weiteren Fortschritt in der Anerkennung des Rechts auf Sorgearbeit. Die Politik auf nationaler Ebene war hingegen Schauplatz von Konflikten und rückte zunehmend in den Hintergrund.

## 2.5 Nachbemerungen

Auf die Regierung von Alberto Fernández und Cristina Fernández de Kirchner folgte der Sieg des ultrarechten Projekts von Javier Milei. Milei versteht sich selbst als Anarchokapitalist und Libertärer. Sein politisches Programm basiert auf Angriffen gegen progressive Bewegungen, den Staat und insbesondere gegen die Feminismen. Er nennt Feminist\*innen „Mörderinnen mit grünen Halstüchern“ und bezieht sich dabei direkt auf die Kämpfe für eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches.

Milei hatte angekündigt den Staatsapparat zu verkleinern und das MMGyD zu schließen. So kam es tatsächlich. Milei hat die Institutionen des Staates und insbesondere diejenigen zur Förderung von Gendergerechtigkeit zerstört. Was nicht abgeschafft wurde, wurde die Finanzierung entzogen. Sein Programm ist antifeministisch und genderfeindlich. Zugleich verteidigt es den „rechten Stolz“, der in den letzten Jahren in der Region und der Welt Aufwind erfahren hat.

Die Frage danach, wie Milei an die Macht kam, ist wichtig zum Verständnis der radikalen Wende, die in Argentinien seitdem vonstatten geht. Sie hängt mit der eigenen Geschichte der progressiven Bewegungen und der Linken zusammen, mit der Delegitimierung ihrer Politik aufgrund von handlungsunfähigen Regierenden, Korruption, Distanz zum Volk, etc. Aber Milei gewann auch mit antifeministischen und genderfeindlichen Stimmen von jungen Männern. Sie kanalisiert damit ihre Unzufriedenheit und/oder ihre Angst darüber, dass Genderpolitik auf den Straßen und auch in Staatsapparaten immer mehr Relevanz bekommen hatte. Offensichtlich ist, dass die feministischen Massenbewegung, welche die Straße nach 2015 eroberte, nicht ausgereicht hat, um den Vormarsch der Ultrarechten aufzuhalten.

Einige Frauen teilen die feministische Politisierung in ein „vor“ und „nach“ der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches 2020 ein. Der Erfolg führte zu einer gewissen Demobilisierung, auch Zentralisierung und Institutionalisierung spielte dabei eine Rolle. Auch dies schlug bei den Wahlen negativ zu Buche. Andere argumentieren, dass es der Feminismus trotz aller politischer Erfolge nicht geschafft hat, zu den immer höher verschuldeten Arbeiter\*innen durchzudringen.

Die Genderpolitik der Regierung von 2019-2023 erfuhr heftige Kritik vonseiten der Opposition.<sup>33</sup> Und sie intensiverte sich, nachdem Vorwürfe gegen Alberto Fernández bekannt wurden, er sei gegenüber seiner Ex-Partnerin Fabiola Yáñez gewalttätig geworden. Dies wurde genutzt, um nicht nur gegen Fernández, sondern auch gegen Feminist\*innen und die Genderpolitik des Staates als Ganzes vorzugehen. Diesbezüglich erklärte Natalia Gherardi, leitende Direktorin des Lateinamerikanischen Teams für Gerechtigkeit und Geschlecht: „Diese Anzeige relativiert keinesfalls den Stellenwert der von Alberto Fernández durchgeführten Politik zugunsten der Rechte der Frauen.“ Und ergänzte: „Alberto Fernández ist nicht und war auch nie die Hauptfigur der feministischen Kämpfe, er ist kein Urheber der Bewegung. Obwohl er eine äußerst relevante Stellung eingenommen hat, in einer Zeit, in der viele Rechte vorankamen, waren die Errungenschaften kollektiv.“<sup>34</sup>

Dieses Kapitel verdeutlicht, dass das politische Feld ein notwendigerweise umstrittener Raum ist, indem Rechte und Bedeutungen verhandelt werden. Die feministische Politik in Argentinien erinnert uns daran, dass das Recht auf ein Leben in Würde und das Recht auf Gerechtigkeit stets und kontinuierlich (zurück) erobert werden mussten und müssen.

- 
- 32 Aus ihr entstand der „Kompromiss von Buenos Aires“ der dafür plädierte, „anzuerkennen, dass Personen ein Recht darauf haben, Sorgearbeit zu leisten, versorgt zu werden und Selbstfürsorge zu betreiben auf Grundlage der Prinzipien von Gleichheit, Allgemeingültigkeit und gemeinsamer sozialer und geschlechtlicher Verantwortung und folglich als eine Verantwortung, die durch alle Personen in allen Bereichen der Gesellschaft, den Familien, Gemeinschaften, Unternehmen und vom Staat mitgetragen werden muss, unter Anwendung von Rechtsrahmen, Politiken, umfassenden Sorgearbeitsprogrammen und Sorgearbeitssystemen, mit intersektionaler und interkultureller Perspektive, welche die Rechte derer respektieren, schützen und erfüllen, die Care-Arbeit bezahlt und unbezahlt empfangen und ausüben, die jeglichen Formen sexueller Übergriffe und Belästigung am Arbeitsplatz in der formellen und informellen Arbeitswelt vorbeugt, und die Zeit für Frauen schafft, in der sie sich Arbeit und Bildung widmen können, am öffentlichen Leben, in der Politik und an der Wirtschaft partizipieren können und vollkommen von ihrer Selbstbestimmung Gebrauch machen können“. (Cepal, Naciones Unidas y ONU Mujeres. 2023. Compromiso de Buenos Aires. XV Conferencia Regional sobre la Mujer de América Latina y el Caribe. Repositorio CEPAL. <https://repositorio.cepal.org/server/api/core/bitstreams/6ef02df9-68a1-4d75-a707-f753a31405ae/content>)
- 33 „Mit einem Land im Stillstand und einer enormen Mehrheit von Argentinern, die leiden, hatte er keine bessere Idee, als bei der Genderagenda Vollgas zu geben. Einer durch den langen ökonomischen und produktiven Stillstand verängstigten Gesellschaft antwortete Alberto Fernández mit dem nicht-binären Personalausweis und der Menstruationsversorgung. Der Unsicherheit von Investor\*innen und Unternehmer\*innen mit einem „Haushalt mit Genderperspektive“. Den verzweifelten Familien vor verschlossenen Klassenräumen mit einer Charge Holzpenisse. Den Armen, die jeden Tag mehr wurden, mit großzügiger Vergabe von Misoprostol (Abtreibungsmittel)“. (Peiró, Claudia. 2024. Nadie se hace cargo de Alberto Fernández: ni las feministas, ni CFK, ni los que por años vieron en él al mejor antikirchnerista. Infobae. <https://www.infobae.com/opinion/2024/08/11/nadie-se-hace-cargo-de-alberto-fernandez-ni-las-feministas-ni-cfk-ni-los-que-por-anos-vieron-en-el-al-mejor-antikirchnerista/>)
- 34 Drazer, Marisel. 2024. Fabiola, Fernández y las políticas de género en Argentina. DW. <https://www.dw.com/es/argentina-fabiola-fern%C3%A1ndez-y-las-pol%C3%ADticas-de-g%C3%A9nero/a-69931937>



Die Regierung Petro-Márquez wird von großen Teilen der sozialen Bewegungen unterstützt. Quelle: Alexa Rochi - Presidencia de la República via Flickr (Öffentliche Domäne)

### 3. Kolumbien: vivir sabroso <sup>35</sup>

Die Regierung von Gustavo Petro und Francia Márquez ist ein Meilenstein in der politischen und sozialen Geschichte des Landes. 2022 kamen Petro und Márquez mit der Koalition des Pacto Histórico (Historischer Pakt) an die Macht, einer breiten linken Front, die progressive Parteien, soziale Bewegungen, Feminist\*innen, Umweltaktivist\*innen, Indigene und Afro-kolumbianische Gemeinschaften vereint. Diese Regierung übt das erste linke Mandat in der Geschichte Kolumbiens aus und hat die politische Erzählung des Landes transformiert. Die Präsidentschaftsformel Petro-Márquez repräsentiert vielfältige soziale Kämpfe. Gustavo Petro, Ex-Guerilla-Kämpfer und historische Führungsfigur der kolumbianischen Linken, war Bürgermeister von Bogotá (2012-2015). Francia Márquez ist die erste Afro-kolumbianische Frau, die eine Vizepräsidentschaft innehat. Ihre Führungsstärke ist tief im Kampf für die Umwelt und in den Kämpfen für die Rechte der ländlichen Afro- und Indigenen Gemeinden und der Frauen verwurzelt.

Die Kandidatur von Márquez wurde von feministischen Organisationen unterstützt. Diese richteten noch im Wahlkampf einen Brief an den Pacto Histórico, in dem sie die Vorgehensweise der linken Koalition, angeführt durch Petro, gegenüber der Präsidentschaftskandidatur von Francia Márquez, kritisierten. Sie argumentierten darin, die Angriffe gegen die Politikerin und ihre Bewegung seien auch gegen Feminist\*innen gerichtet. In einem mit Márquez geführten Interview, als sie noch Vorkandidatin für den Pacto Histórico war, sagte diese:

*„Wir sind keine Experten in repräsentativer Politik. Wir wollen eine Politik ausgehend von dem aufbauen, was wir können und das ist die Gemeinschaftsarbeit. Aus der Selbstorganisation heraus, aus der Widerständigkeit. Und heute wollen wir diese Formen in Politik umsetzen. Es ist wichtig durchs Land zu reisen, um den Orten eine Stimme zu geben, die durch die Politik des Todes zum Schweigen gebracht wurden. Das ist eine Herausforderung für eine schwarze Frau. Das heißt, ich werde mich mit all denen streiten, die schon immer da waren, mit weißen, privilegierten Männern.“<sup>36</sup>*

Der Siegeszug dieses Narrativs in einem Land mit einer fest strukturierten traditionellen Politik war ein Wendepunkt. Márquez machte sich nicht nur die feministische Macht zunutze, sondern die der Frauen im Allgemeinen. Im selben Interview von 2021 wurde sie gefragt, ob ihre Politik feministisch sei. Sie antwortete, dass nicht alle Frauen, auch nicht die ihrer Gemeinschaft, sich als Feminist\*innen bezeichneten, dass dies aber ihre Handlungen nicht abwerten würde.

*„Ich sehe mich als eine Frau, die kämpft, die einen Wandel für Gerechtigkeit, für Gleichheit, für Würde für alle Geschlechter will. Aber auch für den Planeten, für das große Haus (...). Ich weiß nicht ob ich dem Feminismus schon begegnet bin. Vielleicht findet der Feminismus mich.“*

#### 3.1 Petro und Márquez im Wahlkampf

Während des Wahlkampfes wurde Gustavo Petro aus feministischen Kreisen kritisiert. Er hatte sich zweideutig zu Themen wie Abtreibung, die kurz zuvor im Land durch anhaltende feministische Anstrengung straffrei geworden war,<sup>37</sup> geäußert. Seine anfängliche Bekräftigung „null Abtreibung“ anzustreben, rief insofern kritische Reaktionen hervor. Petro verstieg sich auch zur der Aussage, dass die Notwendigkeit, fruchtbaren Boden in einem ungleichen Land wie Kolumbien den Frauen zu übertragen, etwas sei, „dass der Feminismus nicht bearbeitet hat“, obwohl die feministischen Kämpfe Lateinamerikas sich historisch mit diesem Thema befasst haben.

Nichtsdestotrotz wurde im Zuge seines Wahlkampfes eine Neuausrichtung seiner Haltungen zu Geschlecht und Sexualität sichtbar und er betonte seinen Einsatz für eine Ausweitung der reproduktiven Rechte. Dieser Wandel wurde als Evolution hin zu einer mit der feministischen Agenda besser abgestimmten Position interpretiert. Während des Wahlkampfes verfestigte der Pacto Histórico in der Tat wichtige Allianzen mit feministischen Kollektiven und diese Allianzen waren ihm nicht fremd; während seiner Zeit als Bürgermeister Bogotás hatten wichtige Fortschritte in der Genderpolitik stattgefunden.

<sup>35</sup> [a.d.Ü.: vivir sabroso (auf Deutsch: erfüllt leben), der Begriff bezeichnet eine afrokolumbianische Lebensphilosophie, die eine gemeinschaftliche, würdevolle Lebensführung in gegenseitigem Respekt füreinander und im Einklang mit Umwelt und Natur einschließt].

<sup>36</sup> Volcánicas. 2021. „La lucha es afuera y la lucha es adentro“ Entrevista a Francia Márquez. Volcánicas. <https://volcanicas.com/la-lucha-es-afuera-y-la-lucha-es-adentro-entrevista-a-francia-marquez>

<sup>37</sup> In Kolumbien bestätigte das Verfassungsgericht im Februar 2022 das Urteil zu Straffreiheit von Abtreibung während der ersten 24 Wochen.

Einer der Schlüsselmomente des Präsidentschaftswahlkampfes war die „Feministische Debatte“,<sup>38</sup> eine Großveranstaltung, auf der Petro der einzige teilnehmende Kandidat war. Dort formulierten diverse feministische Kollektive ihre Forderungen bezüglich reproduktiver Rechte, Politiken rund um Sorgearbeit, sozialer Gerechtigkeit und geschlechtsspezifischer Gewalt. Petro verpflichtete sich öffentlich dazu, diese Vorschläge in sein Regierungsprogramm aufzunehmen.

Der Gegenkandidat, Rodolfo Hernández, erschien nicht zum Treffen, was von vielen Feminist\*innen als Zeichen fehlenden Engagements für die Genderagenda interpretiert wurde. Dieser Umstand stärkte die Verbindung zwischen feministischen Bewegungen und der Kampagne von Petro-Márquez und schuf so die Unterstützungsbasis, die für die zweite Wahlrunde grundlegend war.

Innerhalb ihres Wahlkampfes wurden wichtige Versprechen zu Forderungen von Frauen und Feminismen gegeben. Darunter Fortschritte in der politischen Geschlechterparität; der Schaffung eines Nationalen Sorgearbeit- und Pflegesystems; ein Plan zur Entwicklung, Prävention und Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen; Verbesserungen bei der Durchsetzung der sexuellen und reproduktiven Rechte; der vorrangige Zugang für Frauen zu Verteilung und Vergabe von Landtiteln und von Grundeigentum, zu höherer öffentlicher sowie kostenloser und kreditfinanzierter Bildung; und die Schaffung eines Ministeriums für Gleichberechtigung.

In Analysen aus dieser Zeit wurde argumentiert, „das alles könnte den Beginn einer neuen Phase des Feminismus in Kolumbien markieren, in der Gruppen, die bisher hegemonial waren, den Raum mit anderen progressiven Tendenzen und Bewegungen werden aushandeln müssen.“<sup>39</sup> Nach dem ersten Wahlgang wurde es für die Feminismen zu einem ethisch-politischen Imperativ, sicherzustellen, dass der Oppositionskandidat nicht die Wahlen gewinnen würde.

Die Präsidentschaftsformel Petro-Márquez gewann. Es begann ein neues Kapitel in der Geschichte Kolumbiens und im regionalen Politikzyklus. Wie zuvor erwähnt, hat es während des laufenden politischen Zyklus wiederholt Spannungen mit der feministischen Bewegung gegeben. Vermehrt kam es zu Kontroversen aufgrund der Nominierung für Regierungsposten von Männern, denen Gewalt gegen Frauen, Machtmissbrauch und Sexismus vorgeworfen wurde.

## 3.2 Ministerium für Gleichberechtigung und Gleichstellung: „Regiert wird in den Regionen und mit den Menschen“

Das Ministerium für Gleichberechtigung und Gleichstellung wurde offiziell am 4. Januar 2023 in Istmia, Chocó gegründet, einer historisch durch den Extraktivismus und den bewaffneten Konflikt marginalisierten Region. Das Ministerium wurde bis Ende Februar 2025 von der Vizepräsidentin Francia Márquez selbst geleitet. Es ist, als erstes in der Geschichte des Landes, darauf ausgerichtet, die tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten in Angriff zu nehmen. Die Unterzeichnung des Gründungsgesetzes markierte einen symbolischen Moment für die Regierung des Pacto Histórico, die dadurch eines ihrer bedeutendsten Vorhaben in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung verwirklichen wollte.

### Das Ministerium ist in mehrere Vizeministerien unterteilt:

(1) Frauen, (2) ethnische und bäuerliche Gruppen, (3) historisch ausgeschlossene Bevölkerung und Regionen und Überwindung der Armut, (4) Jugend und (5) Geschlechtervielfalt. Sie greifen umfassend unterschiedliche Aspekte von Gleichberechtigung und sozialer Gleichstellung auf. Das Vizeministerium für Frauen ist in fünf Abteilungen untergliedert:

1. Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen;
2. wirtschaftliche Autonomie von Frauen;
3. Garantie der Rechte der Frauen;
4. Frauen, die bezahlten sexuellen Tätigkeiten nachgehen;
5. alleinerziehende Mütter.

Das Organigramm des Ministeriums ist aus mehreren Gründen wichtig. Erstens macht die Position des Vizeministeriums der Frauen als einer Instanz innerhalb des Ministeriums für Gleichberechtigung und Gleichstellung sichtbar, was der Ansatz der Genderpolitiken ist: von Beginn an wird sie in den Rahmen der Politik zu Gleichberechtigung und Gleichstellung integriert. Dies hat Vorteile, führt jedoch auch zu Widersprüchlichkeiten:

„Das Ministerium verkörpert alle Widersprüche der sozialen Bewegung. Wir sehen gerade, wie aus der Regierung heraus, nicht mehr aus der Zivilgesellschaft, ein gemeinsamer Kampf an vielen Fronten und in vielen sozialen Bewegungen entsteht. Und die öffentlichen Politiken haben einen intersektionalen Ansatz. Aber im Unterschied zu anderen Ländern, in denen der feministischen Bewegung starker Vorrang eingeräumt wurde, ist es hier anders. Deshalb ist Spannung da, aber die Spannung ist notwendig. Das hat uns Feminist\*innen herausgefordert.“ (Natalia Moreno, Interview, 2024).

Zweitens offenbaren die im Vizeministerium der Frauen eingeschlossenen Direktionen die Koexistenz unterschiedlicher genderpolitischer Konzepte; zum Beispiel nutzen sie die Kategorie „alleinerziehende Mütter“, der für den Sprachgebrauch der öffentlichen feministischen Politiken relativ unzeitgemäß ist, gleichzeitig widmen sie den bezahlten sexuellen Tätigkeiten eine Direktionseinheit. Diese Anerkennung von sexueller Arbeit von institutioneller Seite hat eine Kontroverse unter den Feministinnen und kritische Äußerungen von abolitionistischen Feministinnen hervorgerufen, denn sie sahen darin eine Quelle der Delegitimierung der Institution.

In Kolumbien ist, ähnlich wie in Argentinien, die Schaffung eines institutionellen Rahmens, der die Einführung, Ausweitung, Nachhaltigkeit und Legitimation der Gleichstellungs- und Genderpolitik ermöglicht, von zentraler Bedeutung. Allerdings ist dies ein langsamer Prozess.

Das Verfassungsgericht von Kolumbien stellte 2024 außerdem fest, dass das Gesetz zur Schaffung des Ministeriums für Gleichberechtigung und Gleichstellung aufgrund von Fehlern im Gesetzgebungsprozess unzulässig sei. Elf Kongressabgeordnete der rechten Opposition hatten zuvor eine Klage gegen das Gesetz eingereicht.

Trotz der Feststellung über die Unzulässigkeit, befand das Gericht, dass das Ministerium bis Juni 2026 aktiv bleiben könne,

38 Die Debatte kann man hier verfolgen: <https://www.youtube.com/watch?v=eDks4OXORBY>

39 Cadahia, Luciana y Ospina Posse, Tamara. 2022. El movimiento feminista con el Pacto Histórico. Jacobin. <https://jacobinlat.com/2022/06/feminismo-colombia-petro-francia-pacto-historico/>



Die Anerkennung der Care-Arbeit gehört zu zentralen feministischen Forderungen. Quelle: © Tininiska Zanger Montoya

um die Auflösung der Institution zu vermeiden, die jene vulnerablen Gruppen träge, an die es seine Politiken adressiert. Diese Frist erlaubt es der Regierung, die im Gesetzgebungsprozess aufgedeckten Fehler zu beheben und sicherzustellen, dass das Ministerium offiziell in der kolumbianischen Verfassung anerkannt wird.

Kontroversen anderer Art folgten auf den Rücktritt von Diana Marcela Gómez im April 2024, der ersten Vizeministerin für Frauen, aufgrund interner Differenzen und fehlender Unterstützung bei der Umsetzung des Finanzhaushalts. Mehr als 150 feministische Organisationen veröffentlichten einen offenen Brief, in dem sie Transparenz und Öffnung für ihre Partizipation bei der Führung des Ministeriums forderten. Über den konkreten Fall hinaus zeugt dies von der Vitalität der Staatlichkeit als Arena der politischen Auseinandersetzung und von der Forderung feministischer Organisationen nach aktiver Beteiligung am Aufbau von Institutionen.

Gegenwärtig sind die neu geschaffenen Institutionen auf höchster staatlicher Ebene stark regional verankert - sowohl auf diskursiver Ebene als auch in der Art und Weise, wie die Programme und Politiken konzipiert werden. Und diese ist eine ihrer Schlüsselmerkmale: Anfang 2024, bei dem öffentlichen Akt „Regierung mit den Bewohnern des Litoral Pacífico: Aktionen für den Frieden und das Leben“ in Quibdó (Chocó) wiederholte Francia Márquez ihren Ansatz: „Es wird nicht von Bogotá aus regiert, regiert wird in den Regionen und mit den Menschen“ und sie bat um Mitarbeit der Gemeinschaft bei der Kontrolle der Projekte und Mittel der Nationalregierung.<sup>40</sup>

Wie wichtig die Gemeinschaften sind, bestätigen auch die spezifischen Programme, die das Vizeministerium für Frauen entwickelt. Eines davon ist das Programm „Häuser für die Würde der Frauen“.<sup>41</sup> „Häuser für die Würde der Frauen“ geht von der eingeschränkten Infrastruktur und institutionellen Maßnahmen auf regionaler Ebene aus, um die Rechte von Frauen zu gewährleisten. Das Programm stellt den Bau von Räumen sicher, in denen „Frauen und ihre Gemeinschaften sich koordinieren, fördern, sich austauschen und ein soziales Gefüge aufbauen können, das ihre Rechte gewährleistet. Das trägt zur Beseiti-

gung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ungleichheiten bei und fördert, dass Frauen in den Genuss des Rechts auf Gleichberechtigung kommen.“ Dieses Programm betont eine Politik, die „Begegnungsräume“ schafft, es betont die politische Macht des kollektiven Aufbaus und des Anknüpfens an existierende soziale Praktiken, die das Leben und die Gemeinschaft im Land aufrechterhalten haben.

### 3.3 Nationales Sorge- und Pflegesystem

Der Aufbau eines Nationalen Sorge- und Pflegesystems ist eine der emblematischsten Bemühungen der Regierung Petro Márquez. In der bisherigen Amtszeit baute Kolumbien einen nie dagewesenen institutionellen Rahmen rund um Care-Arbeit auf. Das Nationale Sorge- und Pflegesystem wurde 2023 mittels des Gesetzes 2281 ins Leben gerufen, im Einklang mit dem Nationalen Entwicklungsplan 2022-2026 „Kolumbien, Weltmacht des Lebens“.

Das System schreibt das Recht auf Sorgearbeit als zentralen Pfeiler für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes fest und wird koordiniert durch das Ministerium für Gleichberechtigung und Gleichstellung, und der Direktion für Sorgearbeit und Pflege, angegliedert an das Vizeministerium für historisch ausgeschlossene Bevölkerung und Regionen und die Überwindung der Armut. Die Direktion für Sorgearbeit und Pflege ist für die Gestaltung, Umsetzung und Beaufsichtigung öffentlicher Politiken zuständig. Diese sind auf gleichstellende Umverteilung von Care-Aufgaben, den Aufbau und die Umsetzung eines institutionellen Rahmens dafür ausgerichtet. Das System ist mit anderen Ministerien und Einrichtungen verbunden und bindet Organisationen der Zivilgesellschaft, Care-Arbeiter\*innen, Indigene Gemeinschaften und Afrokolumbianer\*innen mit ein.

Bisher ist das Nationale Sorge- und Pflegesystem weiterhin im Konsolidierungsprozess. Ende 2024 wurde der Entwurf des Dokuments „CONPES Nationale Sorgepolitik“ veröffentlicht, das einen Aktionsplan für 10 Jahre erläutert. Diese politische Maßnahme wurde durch den Nationalen Rat für Wirtschafts-

40 Vizepräsidium 2024. „Es wird nicht aus Bogotá regiert, regiert wird in den Regionen und mit den Menschen“: Vizepräsidentin Francia Márquez im Rahmen des letzten öffentlichen Akts in Quibdó. <https://www.vicepresidencia.gov.co/prensa/Paginas/No-se-gobierna-desde-Bogota-se-gobierna-en-el-territorio-y-con-la-gente-Vicepresidenta-Francia-Marquez-en-el-marco.aspx>

41 Weitere Programme des Vizeministeriums: wirtschaftliche Autonomie, umfassende Herangehensweise an Gewalt gegen Frauen, „Frauenstärkung in Schutz der erweiterten Familie“, „Garantien, Rechte und Lebensalternativen für Frauen mit diversen und unterschiedlichen bezahlten sexuellen Tätigkeiten“, „Frauen im Mittelpunkt des Lebens, der Politik, des Friedens und in den Regionen“.

und Sozialpolitik (span. Abkürzung: CONPES) noch nicht angenommen. Das Dokument legt spezifische Ziele fest, darunter die Verbesserung der sozialen Infrastruktur für die Sorgearbeit, die Rechtsgarantie für sorgende und pflegende Personen und die kulturelle Transformation zur Förderung einer gleichstellenden Umverteilung der Care-Arbeit. Der intersektionale und regionale Ansatz soll sicherstellen, dass die Politiken den Bedürfnissen der ländlichen, ethnischen und städtisch-marginalisierten Gemeinschaften entsprechen.

In demselben Dokument wird hervorgehoben, dass der Prozess und die Konsolidierung des Nationalen Pflege- und Sorgesystems auch ein Ergebnis von politischer Lobbyarbeit, Forschung und Interventionen der Zivilgesellschaft, Frauen- und feministischen Organisationen, Gewerkschaften und der Wissenschaft ist; die Kämpfe ethnischer und kleinbäuerlicher Gemeinschaften hätten sich auf eine umfassende Vision der Care-Arbeit ausgewirkt, die die symbiotische Beziehung zwischen Körper und Territorium als Teil der angestammten Praktiken des physischen und kulturellen Überlebens anerkennt; der Organisationen für gemeinschaftliche und kollektive Sorgearbeit, die ihre Arbeit in städtischen und peripheren Gegenden betreiben; und der Fortschritte unter Führung des Vizepräsidenten im Jahr 2023, verantwortlich für das Management der Sorgepolitik.<sup>42</sup>

Der Fortschritt in Richtung Nationales Sorge- und Pflegesystem speist sich auch aus den Prozessen, die sich auf regionaler Ebene entfaltet haben. In 13 Departamentos<sup>43</sup> wurden Pläne zur Entwicklung von Sorgesystemen formuliert. Unterdessen haben Städte wie Bogotá, Cali, Manizales, Barranquilla, Medellín und Pasto lokal geschaffene Sorge- und Pflegesysteme mit unterschiedlichen Fortschritten bei der Umsetzung.

Das Nationale Sorgesystem berücksichtigt Sorgedienstleistungen, flexible Implementierung in ländlichen, städtischen und stadtnahen Gebieten entsprechend der lokalen Kapazitäten, Prozesse im Zusammenhang mit dem kulturellen Wandel, die Schaffung von Allianzen zwischen Staat und Bevölkerung, die Einrichtung von Informationssystemen und nationalen Registern für Personen, die Sorgearbeit und Pflege leisten sowie Informationsverbreitung über Sorgeökonomie, Mechanismen für nachhaltige Finanzierung, Strategien, um die Wirkung des Systems sichtbar zu machen und zur Sensibilisierung der Gesellschaft.

In diesem Rahmen wurden Pilotprojekte in verschiedenen Regionen eingeführt und Initiativen wie die „Routen der Sorgearbeit“. Sie bieten ganzheitliche Dienste für Personen an, die Care-Arbeit leisten und für jene, die sie in Anspruch nehmen. Diese Projekte werden als Modelle für eine landesweite Ausweitung ausgewertet.

Im Dezember 2024 stellte das Ministerium für Gleichberechtigung und Gleichstellung Ergebnisse des Nationalen Sorgesystems auf einer Veranstaltung zur Eröffnung der „Flussroute der Sorgearbeit“ in Leticia, Amazonas, vor. Diese verbindet „17,1 Kilometer zwischen Leticia und der Gemeinde Nazaret in Kolumbien und 27 Kilometer zwischen Leticia und Benjamin

Constant in Brasilien“. Ein Boot bringt grundlegende Dienstleistungen zu Indigenen Gemeinschaften und in schwer zugängliche Gebiete in Kolumbien und Brasilien und fördert die gemeinschaftliche Care-Arbeit. Auf der Veranstaltung betonte Francia Márquez die Relevanz dieser Anstrengung: „Dieses System ist ein Akt der sozialen Gerechtigkeit und ein Beweis für unsere Verpflichtung gegenüber den Personen, die die Nachhaltigkeit des Lebens möglich machen“. Márquez kündigte dort auch an, dass sich die Öffentliche Nationale Pflege- und Sorgepolitik im Genehmigungsverfahren vor dem CONPES befände.<sup>44</sup>

Auf Ebene der Gesetzgebung hat die Regierung in Abstimmung mit diversen öffentlichen und privaten Institutionen an der Strukturierung strategischer Allianzen gearbeitet, die die Umsetzung des Systems verbessern. Dennoch bestehen enge Grenzen im Haushalt und die Abstimmungsmechanismen zwischen der lokalen und nationalen Ebene stellen administrative und logistische Herausforderungen dar. Die Frage der langfristigen Finanzierung des Systems bleibt weiterhin offen.

Die konzeptionelle Arbeit des Entwurfs „CONPES Nationale Sorgepolitik“ zeigt den Ansatz, mit dem Politik und Politisierung zu dem Thema vorangetrieben werden. Neben vielen weiteren Konzepten, wird von Sorgender Gesellschaft gesprochen, vom Sorgenden Staat, von Community-Care, Sorgearbeit für die Umwelt, Sorgearbeit für die Region, etc. Vor diesem Hintergrund ist hervorzuheben, dass die Art und Weise, in der in Kolumbien derzeit das Sorgesystem politisch vorangetrieben wird, die bestehenden Grundsätze öffentlicher Politiken in der Region herausfordert und neu formuliert.

Dies hat Folgen „nach außen“, aber auch „nach innen“. Im Interview mit der Nationaldirektorin für Sorgearbeit und Pflege, unterstrich diese die Herausforderung, die unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse der verschiedenen in der Care-Arbeit tätigen Akteure in Einklang zu bringen: für Kinder, Organisationen für Personen mit Behinderung, ländliche Gemeinschaften, Afro- und Indigene Bevölkerungsgruppen, Hausangestellte, etc. (Natalia Moreno, Interview, 2024).

In ihrem Redebeitrag bei der oben erwähnten Anhörung vor der für Argentinien zuständigen Gruppe beim IAGMR, betonte Francia Márquez, Sorge und Pflege seien ein fundamentales Recht.<sup>45</sup> Sie hob hervor, das Recht auf Sorgearbeit sei intrinsisch mit dem Erhalt des Lebens verbunden, besonders in Kontexten struktureller Ungleichheit, die Frauen, Afro-Gemeinschaften, Indigene und ländliche Gemeinschaften betreffen. Sie argumentierte, Sorgearbeit dürfe nicht nur als individuelle Verantwortung verstanden werden, sondern als kollektiver Stützpfiler, der staatlicher und internationaler Unterstützung bedürfe. Diese Äußerung bekam Rückendeckung durch internationale Organisationen und feministische Bewegungen, die in ihr einen Schritt in Richtung globaler Anerkennung von Sorgearbeit als ein umfassendes Menschenrecht sahen.

Bis zum jetzigen Moment ist das Politikfeld der Sorgearbeit und Pflege eines der wichtigsten, in dem sowohl Regierung als auch Zivilgesellschaft engagiert waren. Der auf internationaler Ebene verfolgte Ansatz steht im Einklang mit staatlichen Poli-

42 Das Management der Sorgearbeitspolitik des Vizepräsidenten erstellte zahlreiche Auswertungen für die Ausformulierung des Nationalen Sorge- und Pflegesystems im Jahr 2023. Ab 2024 fielen die entwickelten Unternehmungen rund um die Formulierung und Implementierung des Nationalen Sorge- und Pflegesystems unter die Führung der Soredirektion des Ministeriums für Gleichberechtigung und Gleichstellung.

43 Sucre, Cauca, Chocó, Tolima, Antioquia, Atlántico, Cundinamarca, Nariño, Norte de Santander, Meta, Valle del Cauca, Boyacá und Casanare.

44 Mingualdad stellt Ergebnisse des Nationalen Sorgesystems vor, bei der Eröffnung der „Flussroute der Sorgearbeit“ im Amazonas. <https://www.viceministerio.gov.co/prensa/Paginas/Minigualdad-presenta-resultados-del-Sistema-Nacional-del-Cuidado-con-el-inicio-de-la-Ruta-Fluvial-del-Cuidado-en-el-Amazon.aspx#>

45 Der Redebeitrag von Francia Márquez vor der IAKMR ist hier zu sehen: <https://www.youtube.com/watch?v=iNE52b-2EEI>



„Hört auf uns zu töten“ – Demonstration 2020 in Cali gegen sexualisierte Gewalt. Quelle: © Leonard Mikoleit

ken und praktischen politischen Maßnahmen: er fokussiert vielfältige Formen der sozialer Organisation im Land, respektiert Gemeinschaftsstrukturen, reflektiert die Umweltkrise, die der Planet erlebt und die Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Natur. Im weiteren Prozess braucht es politischen Willen und institutionelle Fähigkeit, um eine sorgende Gesellschaft zu erreichen.

### 3.4 Frauen, Frieden, Sicherheit und Gewalt

Zwei andere Bereiche sind für das Verständnis des Kurses der Regierung Petro-Márquez im Hinblick auf die Genderpolitik interessant: die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit und der Kampf gegen Gewalt. 2023 startete die Regierung Petro den Nationalen Aktionsplan Frauen, Frieden und Sicherheit (span. Abkürzung: PAN1325), unter Erfüllung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Dieser wurde unter aktiver Beteiligung von mehr als 1500 Frauen aus dem ganzen Land erstellt, einschließlich Afro-kolumbianischer, Indigener und ländlicher Gemeinschaften, Frauen, die Opfer des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien sind und feministische Organisationen.

Der PAN1325, auf eine Laufzeit von 10 Jahren (2024-2034) ausgerichtet, beruht auf einem Ansatz für „menschliche intersektionale Sicherheit“, der strukturelle Gewalt als zentrales Hindernis für den Frieden anerkennt. Zu seinen Bestandteilen gehören: die Partizipation und Führungsrolle von Frauen in Entscheidungsfindungsprozessen über Frieden und Sicherheit; der umfassende Schutz von Frauen gegenüber Bedrohungen bewaffneter Akteure und geschlechtsbezogener Gewalt; die Stärkung des Zugangs zu Justiz für Frauen, die Opfer des bewaffneten Konfliktes sind, einschließlich Prozessen vor der Sondergerichtsbarkeit für Frieden (span. Abkürzung: JEP); sowie die Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung und Autonomie von vom Krieg betroffenen Frauen.

Im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt erklärte die aktuelle Regierung 2023 den Notstand durch den Artikel 344 des Nationalen Entwicklungsplans. Sie erkannte damit die Gewalt gegen Frauen als eine nationale Krise an. Seither werden Maßnahmen ergriffen, wie die Gründung des Nationalen Systems SALVIA, um die Registrierung und das Monitoring von geschlechtsbezogenen Gewaltfällen zu zentralisieren, die Verschränkung von Protokollen zur Unterstützung von Gewaltopfern und die Entwicklung von Frühwarnsystemen; den Ausbau

eines Hilfetelefons zur Verbesserung der Antwortkapazität dieser Hotline für weibliche Opfer, unterstützt durch neue Technologien und der Integration anderer Notfallnummern wie der Staatsanwaltschaft; der Aufbau von Programmen wie den „Häusern für die Würde der Frau“, die Schutzräume, Nahrungsmittel und rechtlichen und psychologischen Beistand für Frauen in extremen Gewaltsituationen anbieten; das Präsidialdekret 001 im Jahr 2023, das alle öffentlichen Einrichtungen zur Erstellung von Protokollen auffordert, um Gewalt gegen Frauen im Staatsdienst vorzubeugen und zu beseitigen.

Francia Márquez selbst war federführend bei der Gründung des „Ausschusses für Prävention von Feminiziden und Betreuung von Frauen, die Opfer von versuchter Tötung wurden“, der regelmäßig tagt, um Interventionsstrategien zu entwickeln. In einer Rede in Popayán prangerte Márquez 2024 bei dieser Gelegenheit die Zunahme von Feminiziden und Gewalt gegen Trans-Frauen an. Sie forderte Gerechtigkeit und einen kulturellen Wandel, um den Machismus zu überwinden.

### 3.5 Nachbemerkungen

Der bis hierher beschriebene Prozess ist offen, ungeschlossen und alle Entwicklungen müssen als vorläufig verstanden werden, nicht nur weil die Veränderungen in Echtzeit vorstattgehen, sondern auch, weil der Umsetzungszeitraum noch sehr kurz ist. In Kolumbien scheinen die Feminismen im Moment die Doppelrolle einzunehmen. Einerseits als kritische Begleiter\*innen des Prozesses der Petro-Márquez Regierung aus der Zivilgesellschaft oder als Teil des politischen Staatsapparates selbst. Andererseits als Teil der Opposition, die Handlungen anprangern, welche als Komplizenschaft eines patriarchalen Paktes wahrgenommen werden, der nach wie vor in der politischen Arena wirkt. Jedenfalls bemühen sich die Feminismen weiterhin um Beteiligung an der laufenden Politik und dies ist in jedem Fall ein positives Zeichen.

Die Arbeit an dem Aufbau von Institutionen hat Priorität. Gleichzeitig wird diese jedoch gegenwärtig von der politischen Opposition angefochten; nichts deutet darauf hin, dass der Konflikt bald enden wird. Der Aufbau von Institutionalisierung ist für einen demokratischen Zugang zu Gerechtigkeit unabdingbar, Kolumbien geht diesen Weg auf seine eigene Weise. Diese beinhalten das Engagement für Regionen, deren Situation und Diversität und für den Aufbau einer kollektiven Politik dort und von dort aus.



Der Kampf der Feminismen geht weiter! Quelle: © Leonard Mikoleit

Der Kampf gegen die Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt und die Friedensagenda sind Bereiche, die mittelfristig beobachtet werden müssen, um den Verlauf des politischen Prozesses in Kolumbien bewerten zu können. Vor dem Hintergrund des Rechtsrucks in einigen Ländern der Region, ist das, was in Kolumbien passiert, von entscheidender Bedeutung für den Erhalt und den Aufbau von Alternativen in Lateinamerika.

## 4. Schlussbemerkungen

Die Analysen über Mexiko, Argentinien und Kolumbien können miteinander in Dialog treten, mit interessanten Ergebnissen. Sie offenbaren eine Reihe von gemeinsamen Mustern und Unterschieden. Allerdings ist eine vergleichende Untersuchung im engeren Sinne nicht möglich, da man für jedes Land eine vertiefte Analyse der Themen und deren Geschichte vornehmen müsste. Dennoch, ein vergleichender Blick auf diese Prozesse erlaubt es, die Besonderheiten der Genderpolitiken dieser Regierungen hervorzuheben und sie mit den zuvor zur „rosaroten Welle“ durchgeführten Ausführungen in Dialog zu bringen.

**Erstens** ist zu berücksichtigen, dass die drei Länder bedeutende Fortschritte bei zentralen Aspekten der Genderpolitik gemacht haben. Diese Änderungen gab es sowohl auf Ebene der Rechtslage als auch auf der Ebene der öffentlichen Politik. Generell waren die Änderungen der Rechtslage umfassender, ihr Konkretisierungsniveau aber begrenzter. Es gab Umsetzungsmaßnahmen, allerdings mit Unterschieden, abhängig vom Thema. In jedem Fall müssen die Anstrengungen zur gesetzlichen Regulierung der feministischen Agenda anerkannt werden. Die Ausarbeitung von Gesetzen und Normen zur Durchsetzung von Gleichheit und Gerechtigkeit, war eine feministische Forderung, die in der Praxis aber unterschiedliche Wirkungen entfaltet hat. Die Entkriminalisierung von Abtreibung in Argentinien und Mexiko oder der Aufbau des Nationalen Sorge- und Pflegesystems in Kolumbien sind herausragende Beispiele, wie wir gesehen haben, gibt es aber viele mehr.

Die Gesetzesreformen fanden nicht nur während der analysierten Politikzyklen statt (in Mexiko gab es das Paritätsgesetz zum Beispiel schon vor AMLO; und in Kolumbien wurde kurz zuvor Abtreibung entkriminalisiert). Gleichwohl wurden in ihrem Rahmen eine nennenswerte Anzahl von Vorschriften und Gesetzen erarbeitet, behandelt und verabschiedet. Sie sind (mit

vielen Widersprüchen) in Staatsprojekte eingebettet, die - mit erheblichen Unterschieden untereinander - auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit abzielen.

**Eine zweite**, damit zusammenhängende Frage ist die radikale Bedeutung des Aufbaus von Institutionen als politische Priorität. Argentinien und Kolumbien verkörpern dieses Projekt am Klarsten: die Institutionalisierung der Genderpolitik als Staatsprojekt, durch die Feminismen angestoßen, beobachtet, kritisiert und/oder integriert. In Mexiko kam es zu institutionellen Reformen, aber in Kolumbien und Argentinien erreichte dies seinen Höhepunkt durch die Schaffung des Ministeriums für Gleichstellung und Gleichberechtigung mit seinem Vizeministerium für Frauen bzw. die Schaffung des Ministeriums für Frauen, Gleichstellung und Vielfalt. In Argentinien erlaubte die Institutionalisierung auf höchster Ebene (wie der Ministerien und Vizeministerien) potenziell die Gestaltung von Politiken und nationalen Plänen mit klaren Zielen, veranschlagten Mitteln und öffentlichen Politiken von hoher Reichweite und Komplexität; im Idealfall erlaubten sie eine transversale Einführung der Gender- und Diversitätsperspektive in verschiedenen Regierungsbereichen; sicherten die institutionelle Legitimität zur Gewährleistung von Rechten, sowohl national als auch international; sicherten die Einführung von Mechanismen zur Verfolgung und Evaluation von Genderpolitiken ab, indem sie die Rechenschaftspflicht gegenüber der Zivilgesellschaft verbesserten; ermöglichten die Schaffung von Netzwerken und Dialogräumen innerhalb der Zivilgesellschaft oder begleiteten aus ihr heraus mit den Institutionen; und konnten Zuweisungen im Haushalt absichern.

Die Inhalte und Prozesse, durch welche das zuvor erwähnte Ministerium (Argentinien) und Vizeministerium (Kolumbien) gegründet wurden, waren unterschiedlich und zeigen auch verschiedene Prioritäten im Zusammenhang mit der öffentlichen Agenda und dem politischen Kräfteverhältnis im jeweiligen Kontext. In Argentinien waren die Agenda der sexuellen Diversitäten und die feministischen Forderungen präsent beim institutionellen Aufbau. Der Name des Ministeriums selbst beweist dies und auch die Art von Politiken, die in diesem Zeitraum vorangetrieben wurden. In Kolumbien liegt der Schwerpunkt vor allem auf der Institutionalisierung einer Politik, die ganz besonders die ländlichen Regionen und Gemeinden im Blick hat. Die Bemühungen sind auf ein umfassendes Programm zum Kampf gegen Rassismus und für Umweltgerechtigkeit gerichtet, das dem Profil der Ministerin und Vizepräsidentin Francia Márquez entspricht. Die Schaffung eines Vizeministeriums für Frauen

und keines Ministeriums kann auch damit zu tun haben, dass es in dem Land bis zur Regierung Petro-Márquez kein Ministerium gegeben hatte, welches sich mit Angelegenheiten in Zusammenhang mit Gleichberechtigung, Gleichstellung und Gerechtigkeit befasste. In beiden Ländern war die Schaffung von Institutionalisierung auf höchster Ebene sehr wohl ein Wahlversprechen. Und dies verdeutlicht die Bedeutung, die feministische Agenten im nationalen Projekt dieser Regierungen hatten.

Die Relevanz von Institutionalisierung auf höchster Ebene kann auch daran gemessen werden, wie stark sie umkämpft ist. Sowohl im Fall von Kolumbien als auch von Argentinien. In Argentinien war eine der ersten Amtshandlungen des Ultra-rechten Javier Milei der Angriff auf die Institutionalisierung von Gender. In Kolumbien geht die Urteilsverkündung des Verfassungsgerichts, welches das Gesetz zur Schaffung des Ministeriums für Gleichberechtigung und Gleichstellung aufgrund von Verfahrensfehlern für unzulässig erklärte, in die gleiche Richtung.

Außerdem war und ist die Institutionalisierung bei den diversen Feminismen umstritten, die in beiden Ländern (und auch in Mexiko, vor allem in der Anfangszeit der Regierung AMLO) dafür kämpften, ihre Mitwirkung an der Regierungsagenda auszuweiten und sicherzustellen. Letzteres ist insofern wichtig, als dass es ein Indikator für die Legitimität der politischen Institutionen ist, um die gekämpft werden muss, als auch für die Bemühungen um politische Partizipation von feministischen und Frauenorganisationen.

Dies hängt auch mit der politischen Parität zusammen, die in den drei Fällen erreicht wurde, wenn auch nicht auf die gleiche Art. Das Thema Parität durchzieht die Genderpolitik der drei Regierungen, mit ungleichen Erfolgen bei der Umsetzung. Das unterstreicht auch die Notwendigkeit systematischer und umfassender Politiken, die die vielfältigen Hürden berücksichtigen, welche Frauen für ihre Beteiligung an Entscheidungsfindungsräumen überwinden müssen. Der Fortschritt in Richtung Parität ist notwendig, aber nicht ausreichend für die Setzung einer feministischen Agenda. Im Gegenteil, es gab Konflikte mit Politikerinnen aus Linkskoalitionen, weil sie sich von Themen der feministischen Agenda distanzieren oder nicht darauf eingehen (zum Beispiel in Argentinien hinsichtlich des Gesetzes „Gleichstellung bei der Sorgearbeit“, oder in Mexiko auch im Hinblick auf das Gesetz über Sorgearbeit und Pflege).

**Drittens** spiegeln Themen, die als besonders relevant identifiziert wurden, allgemeine Gemeinsamkeiten und spezifische Unterschiede wider. Das Recht auf Abtreibung ist ein zentrales Thema, sowohl in Mexiko als auch in Argentinien. In Kolumbien spielte dies eine weniger bedeutende Rolle. Nichtsdestotrotz stand die Regierung vor der Herausforderung, die Legalisierung von Abtreibung einzuführen, welche kurz vor Beginn der Amtsübernahme von Petro und Márquez gebilligt worden war. Die drei hier untersuchten Regierungen mussten in der Tat institutionell auf das Thema Abtreibung reagieren, da die Legalisierung während ihrer Amtszeit oder kurz davor stattfand.

**Viertens** sind auch die Formen von geschlechtsbezogener Gewalt eine transversale Achse in den drei Ländern, obwohl es Nuancierungen gibt, was ihre Betrachtungsweise angeht: während in Mexiko und Argentinien Gesetzgebungen und spezifische Programme zur Prävention und Betreuung eingerichtet wurden, wird das Thema in Kolumbien, auch auf umfassendere Weise, mit der Friedensagenda und der Agenda für territoriale Gleichstellung verbunden. Die Gewalttraten, vor allem die Feminizide, sind die offensichtlichste Warnung, und die Schwierigkeit einer Transformation bleibt deutlich. Das zeigt, dass der Kampf gegen Gewalt langfristig ist und dass institutionelle Bemühungen stärkere Synergien und Ganzheitlichkeit brauchen.

Der Zusammenhang zwischen Gewalt und Ungleichheit ist eindeutig. Programme und Politiken heben deshalb die Bedeutung der wirtschaftlichen Autonomie von gewaltbetroffenen Personen hervor und fördern die Schaffung von Netzwerken und ganzheitlichen Formen der Begleitung. Obgleich die Einführung dieser Programme begrenzt bleibt oder blieb, ist dieser Ansatz ein direktes Ergebnis feministischer Politisierung und seiner Forderungen nach umfassenden Strategien und Politiken.

Die Analyse der Politiken zu geschlechtsbezogener Gewalt verweist auf ein Thema, das über dieses Feld hinausgeht: Datenproduktion. Der Mangel an überprüfbareren Zahlen, die eine Diagnose und eine Überwachung der Politiken erlauben würden, wurde in den drei Ländern offenbar, und stellte sich manchmal als schwer zu verarbeitender „Zahlenkrieg“ dar. Ein Teil der Herausforderung besteht in der Schaffung oder Stärkung von Institutionen, die komplexere und verständlichere Daten über die sozialen Problemen kategorisieren und produzieren, besonders in Bezug auf Gewalt.

**Fünftens** hat das Thema Sorgearbeit eine radikale Bedeutung, doch lassen sich ungleiche Entwicklungen in den drei analysierten Ländern ausmachen. In Kolumbien nimmt das Nationale Sorge- und Pflegesystem eine herausragende Stellung ein und ist bis jetzt eine Vorzeigepolitik, die auf Gesetzgebungsebene Umsetzung gefunden hat und sich im öffentlich-politischen Entfaltungsprozess befindet. In Argentinien war die Gestaltung des Systems das auch, mit sehr interessanten Bemühungen, die heute beispielhaft für die Region sind. Dennoch stieß die Gestaltung des Systems auf eine gläserne Decke bei dem Gesetzesentwurf und wurde von der Legislative nicht behandelt, einschließlich der damaligen Akteure des linken Blockes. Was Mexiko anbelangt, wurde das Gesetz dazu ebenfalls im Senat aufgehoben und die positiven Entwicklungen auf diesem Gebiet laufen vor allem auf lokaler Ebene ab. Zwar erlangten nach der Corona-Pandemie die Diskussion um und die Politisierung von Sorgearbeit Aufmerksamkeit im öffentlichen Diskurs. Dennoch zeigen die Grenzen solcher Anstrengungen für den Fall Mexiko und für Argentinien auf, dass diese Prozesse eher von einem fehlenden politischen Willen geprägt sind als von Haushaltsproblemen (die es immer geben wird).

Eine wirksame Politik der sozialen Organisation der Sorgearbeit fordert zentrale Logiken der Reproduktion des Kapitalismus heraus. Sie rückt die Bedeutung und das Ausmaß der oft unbezahlten Arbeit von Frauen und Mädchen zur Reproduktion des Lebens, der Gemeinschaft und des Systems in den Vordergrund. Daher bleibt die Sorge- und Pflegepolitik wahrscheinlich das unvollendete Versprechen dieser Regierungen. Was diesbezüglich in Kolumbien passiert, wird als Referenzpunkt in der Region sehr wichtig werden. Auf der einen Seite aufgrund der kollektiven Notwendigkeit einer Umverteilung von Sorgearbeit. Auf der anderen Seite, weil der dort entwickelte Ansatz neuartig ist, unter Einbeziehung verschiedener Dimensionen der Sorgearbeit, die sich aus der Praxis der Gemeinschaften in den Regionen ableiten. Letztlich haben die drei Regierungen das Thema Recht auf Sorge auf internationaler Ebene angeführt und vorangebracht.

**Sechstens** ist die Bedeutung bei der Ausarbeitung und Priorisierung der Genderagenda in diesen Regierungen bemerkenswert. Die analysierten Länder stehen teils in größerer Distanz und andere in größerer Nähe zu Zielen der feministischen Politik und dies war entscheidend für ihre Beziehungen zu den Feminismen. Dort, wo die politische Führung konfrontativer den Feminismen gegenüber auftrat, verstärkten sich Spannungen und führten zu Brüchen innerhalb der Bewegung selbst, mit Abgrenzungen zwischen einem institutionelleren Feminismus und einem der politischen Opposition. Und dort, wo die Führung näher an den feministischen Stimmen war, fand eine sys-





„Misch dich nicht in meine Freiheit ein“ – Feministinnen in Argentinien fordern am kämpferischen 8M (2020) ihre Rechte ein. Quelle: © Kaloian Santos Cabrera

tematischere kritische Begleitung durch die Feminismen statt, obwohl es ebenfalls Brüche gab. In jedem der Fälle gibt es eine gewisse Offenheit von den progressiven Regierenden in Bezug auf Genderpolitiken, ähnlich wie während der Regierungen der „rosaroten Welle“.

**Siebtens** war ebenso die Stärke der feministischen Bewegungen ein Schlüsselfaktor, sei es, um einen Rahmen dafür zu definieren, was Regierungen tun können und was nicht; damit sie als Gesprächspartner\*innen anerkannt würden; um als kritische Beobachter\*innen der Prozesse zu fungieren; um Teil der institutionellen Aufbauprozesse zu sein; oder um die Einbindung der Geschlechterverhältnisse in den Programmen dieser Regierungen zu sichern. In allen analysierten Fällen fand dies gänzlich oder teilweise statt. Und dies ist in der Tat ein Unterschied zu dem, was die Analysen über die Genderpolitiken der „rosaroten Welle“ ergaben: bei jenen Regierungen, wurde die Genderpolitik eher als ein reaktives denn proaktives Muster beschrieben, in denen die Regierungen wenig systematisch auf externe Anfragen oder sozialen Druck antworteten. Im Vergleich dazu zeigt diese Analyse über die „neuen“ progressiven Regierungen, dass diese von Beginn an ein politisches Programm zu Sexual- und Genderpolitik aufgenommen haben. Wenn auch die Praxis unterschiedlich war, sehen wir, dass die feministischen Bewegungen den Möglichkeitsrahmen für linke Politiken zunehmend klarer definiert haben.

Das Programm der neuen progressiven Regierungen war umfassender und bezog sich auch auf Umverteilung (einschließlich im Falle Mexikos, wo die sozialen Verteilungspolitiken Regierungspriorität waren, was zur Vernachlässigung von anderen führte). Und dies ist ein weiterer Unterschied zu den Regierungen der „rosaroten Welle“, die breit angelegten Umverteilungsprogrammen den Vorrang gaben, ohne eine ganzheitliche Genderperspektive.

Die feministische Politisierung stellt eine zentrale Achse für die Kontinuität und Vertiefung des breiten Spektrums progressiver Agenden dar. Ihre Dynamik treibt nicht nur die Gestaltung inklusiver und transformativer Politiken voran, sie ist auch der treibende Motor, um den Stellenwert der Genderthemen, sowohl bei linken Parteien als auch in der breiteren Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die Fähigkeit feministischer Bewegungen, Forderungen zu artikulieren, zu mobilisieren und von fortschrittlichen Regierungen Transparenz und Antworten

einzufordern, hat nicht nur zu bedeutenden Fortschritten beigetragen, sondern stärkt auch die Legitimität der Demokratien. Die progressiven Regierungen ihrerseits müssen die „rosarote Welle“ im Bezug auf Gender kritisch analysieren, um nicht die gleichen Muster zu wiederholen, die wenig zu Gendergerechtigkeit beitragen. Die Herausforderung für die Zukunft besteht darin, die feministische (und) linke Politisierung zu reaktivieren, in Bündnissen mit anderen Basisbewegungen zu stärken und die Gesellschaft radikaler zu durchdringen, um den Horizont der Rechte und der Gerechtigkeit in Lateinamerika zu erweitern. Nichts Geringeres als das ist erforderlich, um dem Rechtsruck und der Entdemokratisierung die Stirn zu bieten.

## FÜR DIESE STUDIE WURDEN FOLGENDE PERSONEN INTERVIEWT

### **Mexiko:**

- **Elvira Concheiro.** Schatzmeisterin der Bundesregierung von Mexiko.
- **Sayuri Herrera.** Generalkoordinatorin für die Untersuchung von geschlechtsspezifischer Gewalt und die Betreuung der Opfer, Generalstaatsanwaltschaft von Mexiko-Stadt.
- **Gabriela Torres.** Professorin und Forscherin des CIESAS.
- **Elisa Gómez.** Koordinatorin für Politischen Dialog, Friedrich-Ebert-Stiftung, Mexiko.

### **Argentinien:**

- **Elizabeth Gómez Alcorta.** Ex-Ministerin des Ministeriums für Frauen, Geschlechter und Diversität (2019-2021).
- **Laura Pautassi.** Anwältin, Forscherin am Conicet und Präsidentin des Equipo Latinoamericano de Justicia y Género (ELA).
- **Dora Barrancos.** Beraterin der Regierung von Alberto Fernández.

### **Kolumbien:**

- **Natalia Moreno.** Direktorin für Sorgearbeit, Ministerium für Gleichberechtigung und Gleichstellung von Kolumbien.
- **Carolina Arévalo.** Koordinatorin innerhalb des bezirklichen Sorge- und Pflegesystems, Bogotá.
- **Laura Devia.** Mitglied der Leitung des Nationalen Rates für Frauen, Geschlecht und Diversität der Partei Comunes.



Herausgegeben von:  
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. – FDCL  
Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin  
Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: [info@fdcl.org](mailto:info@fdcl.org)  
Internet: [www.fdcl.org](http://www.fdcl.org)

Progressive Regierungen in Lateinamerika, Geschlechterpolitik und  
Feminismen: Widersprüche, Möglichkeiten und Kontinuitäten

© FDCL-Verlag | Berlin, 2024 | ISBN: 978-3-949237-16-4